Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Haden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 7.10 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inseratenpreis: die 7 gespaltene Nonpareillezeile 60 Pfennig, darauf 40 Prozent Teuerungszuschlag. — Inserate sind im voraus zu bezahlen. — Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. — Für Briefniederlegungen werden 20 Pfennig erhoben.

Nr. 54 | Dresden, Donnerstag den 6. März 1919. | 30. Jahrg.

Zusicherungen der Reichsregierung.

Eine Kommission der Berliner Mehrheitssozialisten ist nach Weimar gefahren, um mit der Regierung zu verhandeln. Die Regierung hat selbstverständlich die Gelegenheit gern ergriffen, um die Wünsche der Arbeiter zu hören. Eine demokratische Regierung kann es nicht so machen, wie es seinerzeit bei dem Streik im Winter 1918 die Regierung Hertling gemacht hat, die jede Verhandlung mit den Streikenden ablehnte. Es sind auch den Arbeitervertretern eine Reihe wichtige Zusicherungen gegeben worden, aber es wäre falsch, wenn man sagen wollte, daß es sich hier etwa nur um Zugeständnisse handelt, zu denen die Regierung erst durch einen Streik gezwungen werden mußte. Größtenteils handelt es sich um Maßnahmen, die die Regierung auch ohne den Streik durchgeführt hätte. Die Regierung hat u. a. versprochen, daß die Arbeiterräte als wirtschaftliche Interessenvertretungen anerkannt und verankert werden sollen. Es ist kein Zweifel, daß wirtschaftliche Interessenvertretungen der Arbeiterschaft unter allen Umständen geschaffen worden wären. Schon vor der Revolution stand es fest, daß Arbeitskammern errichtet werden sollten. Ob diese Einrichtungen nun den Namen Arbeitskammern oder Arbeiterräte bekommen, ist nebensächlich. Auch, daß in den einzelnen Betrieben Arbeiter- und Angestelltenvertretungen geschaffen werden sollen, die einen maßgebenden Einfluß auf die Arbeitsverhältnisse haben, war bereits zugesagt und ist auch für einen Staat mit einer demokratisch-sozialistischen Regierung selbstverständlich. Wenn die Arbeitervertretungen des ganzen Reichs zu einem Zentralarbeitsrat zusammengefaßt werden sollen, der auch befugt ist, wirtschaftliche Gesetze zu beantragen, so ist auch vom Standpunkt der Demokratie nichts dagegen einzuwenden. Die Hauptsache ist, daß, soweit nicht Volksabstimmungen erfolgen, die letzte Entscheidung über die Gesetzgebung bei der gewählten Vertretung des gesamten Volkes ruht.

Es ist ferner von der Reichsregierung noch einmal feierlichst erklärt worden, daß sie zu Sozialisierungsmaßnahmen bereit sei und daß sie es hier nicht bloß bei Versprechungen bewenden lassen, sondern auch handeln will, das zeigen auch die gesetzgeberischen Maßnahmen, die in den letzten Wochen angekündigt worden sind. Selbstverständlich kann die Regierung nicht versprechen, daß sie mit einem Schlage den Sozialismus einführen kann. Es ist ein törichter Wahn, wenn man etwa glauben sollte, durch ein paar Dekrete den Sozialismus einführen zu können. Der Sozialisierungswille, und wenn er noch so kräftig ist, kann erst praktisch wirksam werden, wenn an die Regelung der Verhältnisse in den einzelnen Wirtschaftszweigen herangegangen wird. Es gilt, genau die Verhältnisse in jedem einzelnen Zweig zu erforschen und auf Grund einer genauen Kenntnis der Dinge eine möglichst planmäßige Organisation zu schaffen. Das Wirtschaftsleben ist viel zu mannigfaltig, als daß die Sozialisierung etwa nach einem Schema durchgeführt werden könnte. Es gibt kein Universalrezept, das man nur zu befolgen brauchte, um allenthalben den Sozialismus im Handumdrehen herbeizuführen. Bei der Sozialisierung muß der Satz gelten, daß viele Wege nach Rom führen.

Die Theorie ist mit Recht in der deutschen Sozialdemokratie sehr hoch geschätzt worden. Es ist ihre Aufgabe, uns die Mittel in die Hand zu geben, um die inneren Zusammenhänge des Wirtschaftslebens zu erkennen. Aber sie allein kann der Mannigfaltigkeit der Wirklichkeit nicht Herr werden. Die Durchführung des Sozialismus ist eben eine Frage der Praxis. Es scheint uns, daß die Reichsregierung mit den jetzt von ihr geplanten Maßnahmen auf dem richtigen Wege ist. Sie will Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeitern und Unternehmern bilden, die bei der Kontrolle und Regelung der Industrie mitwirken sollen. Es geht daraus hervor, daß an eine allgemeine Ausschaltung des Unternehmertums nicht gedacht wird. Wir glauben auch nicht, daß das heute möglich wäre, ohne der Volkswirtschaft unendlich schwer zu schaden. Die Anknüpfung unsrer Beziehungen zum Ausland wird kaum möglich sein, wenn wir nicht die langjährigen Erfahrungen und Verbindungen benutzen können, die sich unsre Unternehmer erworben haben, und wir glauben nicht, daß man etwa allein mit Gewalt die bisherigen Leiter der Unternehmungen zwingen könnte, in dem Maße bei der Neugestaltung unsres Wirtschaftslebens mitzuwirken, wie das notwendig ist. Freilich, darüber müssen sich die Unternehmer klar sein, daß die Zeit ihrer Herrschaft vorbei ist. Sie dürfen sich nicht mehr wie bisher als die Herren unsres Wirtschaftslebens fühlen, sondern als die Diener unsrer Volkswirtschaft. Von Zeit zu Zeit taucht die Behauptung auf, daß von den Unternehmern passive Resistenz geübt wird. Wie weit das zutrifft, können wir nicht prüfen. Wenn es Unternehmer gäbe, die derartiges tun, so wäre das von ihnen sehr töricht. Solche Unternehmer wären ebenso Totengräber der deutschen Wirtschaft, wie die Arbeiter, die durch zwecklose politische Streiks unser Wirtschaftsleben erschüttern.

Wie zwecklos die jetzigen Streikbewegungen sind, zeigen die Ereignisse der letzten Tage. Durch ganz Deutschland geht zwar das Streikfieber und flackert bald hier, bald dort auf, aber es fehlt jede einheitliche Parole. Die Forderungen sind in den verschiedenen Städten verschieden. Hier wird der Rücktritt Ebert-Scheidemann verlangt, anderwärts begnügt man sich mit weniger weitgehenden Forderungen. Glücklicherweise hat in weiten Gebieten Deutschlands die Arbeiterschaft ihre Besonnenheit nicht verloren. Ebenso wie in Dresden herrscht auch in Hamburg, Königsberg, Breslau, Oberschlesien und in ganz Süddeutschland Ruhe. In Kiel, dem Ausgangspunkt der November-Revolution, haben sich die Vertrauensleute und Obleute der größeren Betriebe einmütig gegen den Generalstreik erklärt. In Magdeburg und Hannover ist die spartakistische Aktion erfolglos geblieben und in Rheinland-Westfalen wird nur auf einzelnen Zechen gestreikt.

Auch in Berlin scheint die Arbeiterschaft nicht allgemein streikfrisch zu sein, sondern sie ist hier zum großen Teil von den spartakistischen und unabhängigen Streikfreunden überrumpelt worden. Es bleibt abzuwarten, wie sich Spartakisten und Unabhängige zu den neuesten Erklärungen der Regierung stellen werden. Daß die Spartakisten nicht zufriedengestellt werden können, ist selbstverständlich. Sie werden nach wie vor schreien: Die ganze Macht den A.- und S.-Räten! Diese Leute wollen nicht, daß wir wirtschaftlich in Ordnung kommen, damit der Bolschewismus nach russischem Muster bei uns einen guten Boden findet.

Auch darauf haben wir nicht allzuviel Hoffnung, daß die Unabhängigen einlenken, um den für das deutsche Volk so lebensgefährlichen Streikbewegungen ein Ende zu machen. Leider zeigt sich immer wieder, daß bei den unabhängigen Führern blinder Fanatismus und Demagogie eine verhängnisvolle Rolle spielen. Sie wollen einfach die Unzufriedenheit der Massen ausnützen. Sie wollen ihnen durch scheinradikale Forderungen zeigen, daß sie allein die wahren und echten Vertreter der proletarischen Interessen sind. Und deswegen suchen sie ihren eigenen Radikalismus immer von neuem zu überbieten.

Die Arbeiter aber müssen sich darüber klar sein, daß ihnen damit nicht geholfen wird. Aus der gegenwärtigen Not können sie, solange die Blockade anhält, auch die wunderschönsten und besten sozialistischen Reformen nicht erlösen. Es kommt jetzt vor allem darauf an, daß wir unser Wirtschaftsleben, so gut es irgend geht, in Gang bringen, daß wir so viele Güter herstellen, als das unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur irgend möglich ist, und deswegen ist es für die arbeitenden Massen des deutschen Volkes eine Lebensfrage, daß allen Streikbewegungen so schnell wie möglich ein Ende gemacht wird.

•

Das Regierungsprogramm.

Aus den Verhandlungen zwischen den Vertretern der Berliner Arbeiterschaft und der Regierung ergeben sich für die nächste Zeit folgende gesetzgeberische Absichten der Regierung:

1. Arbeiterräte.

a) Die Arbeiterräte werden als **wirtschaftliche Interessenvertretung grundsätzlich anerkannt** und in der Verfassung verankert. Ihre Abgrenzung, Wahl und Aufgabe werden durch ein sofort zu erlassendes besonderes Gesetz geregelt.

b) Für die einzelnen Betriebe sind **Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräte zu wählen**, die bei der Regelung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse gleichberechtigt mitzuwirken haben.

c) **Zur Kontrolle und Regelung der Produktion und Warenverteilung** werden für alle Industrie- und Gewerbezweige Arbeitsgemeinschaften gebildet, bei denen die Unternehmer und Betriebsleiter, Arbeiter und Angestellten und die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen mitwirken.

d) Für bestimmte territoriale Bezirke werden **Bezirksarbeitsräte (Arbeitskammern)** und für das ganze Reich ein **Zentralarbeitsrat** gebildet. In den Bezirks- und Zentralarbeitsräten sollen alle Selbstarbeit Leistenden, auch die Arbeitgeber, freien Berufe usw. vertreten sein. Diese Räte haben bei Sozialisierungsmaßnahmen mitzuwirken und sind zur Kontrolle sozialisierter Betriebe und Gewerbezweige heranzuziehen. Sie haben weiter alle wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetze zu begutachten, und das Recht, selbst solche Gesetze zu beantragen. Die Reichsregierung wird den Zentralrat vor der Einbringung wirtschaftlicher und sozialer Gesetze hören.

2. Arbeitsrecht.

Ein Gesetz über ein einheitliches demokratisches Arbeitsrecht mit dem Ziele der Schaffung demokratischer konstitutioneller Verhältnisse in den Betrieben ist sofort der Nationalversammlung vorzulegen.

3. Sozialisierung.

a) **Der Bericht über die Vorschläge der Sozialisierungs-Kommission wird sofort veröffentlicht.**

b) Die Sozialisierungsgesetze und das Gesetz über die Sozialisierung der Kohlenbewirtschaftung sind von der Reichsregierung und dem Staatenausschuß bereits angenommen und der Nationalversammlung zur Beschlußfassung unterbreitet worden. Weitere Sozialisierungsmaßnahmen werden unter Zuziehung von Sachverständigen und der Arbeiterräte sofort in Angriff genommen.

4. Militärisches.

Alle nach dem allgemeinen Strafgesetz strafbaren Handlungen **werden auch bei Militärpersonen den bürgerlichen Gerichten zugewiesen.** Ein dementsprechender Gesetzentwurf ist von der Reichsregierung bereits vor einer Woche in der Nationalversammlung angekündigt worden und wird mit Beschleunigung fertiggestellt werden.

5. Lebensmittelversorgung.

Die Regierung hat bereits angeordnet, daß die **Lebensmittel unter Ausschaltung jedes unnützigen Zwischenhandels** durch Vermittlung der Gemeinden an die Verbraucher verteilt werden. An der Verbesserung der Lebensmittelerfassung wird dauernd gearbeitet.

•

Spandau besetzt.

Arbeiterkundgebungen gegen den Generalstreik.

Spandau, 5. März. In Spandau hat das Freikorps Hülsen, von Döberitz aus kommend, Einzug gehalten. Alle öffentlichen Gebäude sind vom Korps besetzt worden. Das Hauptquartier hat Graf Hülsen im Rathaus aufgeschlagen. Die Kundgebungen der Spandauer Arbeiterschaft gegen den Generalstreik dauern fort. Es kam heute wieder zu stürmischen Kundgebungen von Tausenden von Arbeitern. Ueberall wurde verlangt, daß in den nächsten Tagen geheim über den Streik abgestimmt werden solle. Als die Arbeiter in die Fabriken nicht eingelassen wurden, stürmten sie die Eingänge und verschafften sich gewaltsam Zutritt. In Spandau ist durch Unterbindung des elektrischen Stroms der Betrieb in den meisten Fabriken stillgelegt. Die spartakistischen Arbeiter des Kreiskraftwerks terrorisieren durch ihre Maßnahmen ganz Spandau. Die Zeitungen können nicht erscheinen. Sie geben zum Teil nur kleine Ausgaben heraus, die im Handbetrieb hergestellt werden. Sonst ist alles ruhig.

•

Der Umfang der Streiks.

Berlin, 5. März. Die Nacht ist im allgemeinen ruhig verlaufen. Nach den Abendblättern hat sich der Ausstand heute nicht weiter ausgedehnt. Die meisten Klein- und Mittelbetriebe streiken nicht. Ganze Geschäftsarten sind vom Ausstand unberührt. In den großen Betrieben wird nur willkürlich gestreikt. Bei zahlreichen Betriebsabstimmungen ergaben sich starke Mehrheiten gegen den Ausstand. Daher treten die Spartakisten aus terroristischen Gründen für öffentliche Abstimmung ein. Bei der Vollversammlung der Angestellten der Hoch- und Untergrundbahn wurde die Wiederaufnahme des Betriebs mit 1350 gegen 350 Stimmen beschlossen. Doch kam man nach Rücksprache mit der Generalstreikleitung dahin überein, die Rückkehr der nach Weimar zwecks Verhandlungen mit der Regierung entsandten Kommission abzuwarten. Die Wiederaufnahme des Betriebs für Freitag ist wahrscheinlich. Auch bei den Straßenbahnangestellten macht sich eine starke Strömung für die Wiederaufnahme des Betriebs geltend. Der Eisenbahn- und Poststreik ist noch nicht beschlossen. Doch liegen Teilausstände auch da nicht außerhalb des Möglichkeitsbereichs. Eine Anzahl von Gewerben, wie das Buchdruckergewerbe, schloß sich dem Ausstand bisher nicht an.

Wie der Vorwärts berichtet, wurde in einer Versammlung der auf dem Boden der S. P. D. stehenden Betriebsvertrauensleute und Arbeiterräte bei der Erörterung über den Streik von den Referenten u. a. erklärt, wenn in einem Teile der Betriebe die Arbeit ruht, so ist in den meisten Fällen die Entscheidung über den Streik nicht durch geheime Abstimmung erfolgt. In andern Betrieben hat die geheime Abstimmung ergeben, daß eine starke Mehrheit sich gegen den Streik erklärte. Zum Beispiel wurden in etwa 80 Betrieben mit geheimer Abstimmung nur 7908 Stimmen für und 20 720 Stimmen gegen den Streik abgegeben. Die Nichtstreikenden als Streikbrecher hinzustellen, sei durchaus unberechtigt, da es sich um einen politischen Streik handle. Wo die Abstimmung eine Mehrheit gegen den Streik ergeben hat, soll gearbeitet werden. Die Arbeiterräte der S. P. D. kämpfen bei dem Streik für die Erfüllung der von ihnen aufgestellten Forderungen und nicht gegen die Regierung, die sie lediglich auf dem von ihnen für richtig gehaltenen Wege vorwärts bringen wollen.

•

Die Streikbewegung an der Wasserkante.

Bremen, 5. März. Da bis heute mittag die Forderungen der Arbeiter auf Freilassung der gefangenen Spartakisten nicht erfüllt wurden, sind die Arbeiter der Weser Werft, der Atlas-Werke, des Hansa-Lloyd, der Lloyd-Dynamo-Werke, der Norddeutschen Waggonfabrik und der Gasanstalt in den Streik getreten.

Hamburg, 5. März. Hier wird von den Spartakisten der Generalstreik vorbereitet. Die neugegründete Regierungsschutztruppe und Stadtwache hat den verschärften Belagerungszustand über die Stadt verhängt, der darin besteht, daß die Brücken stark bewacht werden von Mannschaften in Stahlhelm und mit Handgranaten und daß an den Hauptverkehrspunkten alle Passagiere auf Waffen untersucht werden. Auch die Straßenbahn und sonstigen Verkehrsmittel werden angehalten und die Insassen nach Waffen durchsucht.

Kiel, 5. März. In Kiel, wo die Spartakisten sich eifrig bemühten, die Arbeiter zum Generalstreik aufzuhetzen, haben sie einen völligen Mißerfolg zu verzeichnen. Die Vertrauensleute der großen Betriebe haben sich einstimmig gegen den Generalstreik erklärt.

•

Die Berliner Mehrheitssozialisten für Abbruch des Streiks.

Berlin, 5. März. Die mehrheitssozialistischen Betriebsräte Groß-Berlins haben heute in einer Versammlung folgende Entschließung einstimmig angenommen: Die am 5. März tagende Konferenz der Parteifunktionäre, Betriebsvertrauensleute und Arbeiterräte der Sozialdemokratischen Partei Groß-Berlins nimmt von den bisherigen Maßregeln der sozialdemokratischen Vertreter im Arbeiterrat und in der Streikleitung Kenntnis und stellt fest, daß der Streik gegen den Willen der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Vertreter im Groß-Berliner Arbeiterrat von einer durch Kommunisten und Unabhängige beherrschten Versammlung der

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190306/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Arbeiterräte eingeleitet worden ist. Nach dem Ergebnis der Verhandlung mit der Regierung kann die Konferenz **eine weitere Fortsetzung des Streiks nicht unterstützen**, wenn auch die Kommission des Vollzugsrats mindestens dieselben Zugeständnisse der Regierung einbringt. In dieser Voraussetzung werden die sozialdemokratischen Arbeiterräte beauftragt, den Abbruch des Streiks zu beantragen und im Falle der Ablehnung dieses Antrag den Streik selbst aufzuheben. Die Konferenz erklärt weiter, daß auf diejenigen Betriebe, die durch geheime Urabstimmungen die Teilnahme am Generalstreik ablehnen, kein Streikzwang ausgeübt werden darf.

•

Der Streik in den Zeitungsbetrieben.

Berlin, 6. März. Der Streik in den Zeitungsbetrieben ist seit heute morgen ein allgemeiner.f Infolgedessen sind die **Morgenausgaben der Berliner Blätter nicht erschienen.**

•

Plünderungen in Berlin.

Berlin, 5. März. Im Laufe der letzten zwei Tage sind durch Plünderer und Räuber schwere Ausschreitungen begangen worden. Eine große Fülle von Anzeigen ist beim Polizeipräsidium eingelaufen über **Plünderung von Goldwaren- und Schmuckwarengeschäften. Das geraubte Gut beläuft sich auf viele Millionen.** Auch auf Kleidungsstücke und Stoffe hatten die Räuber es abgesehen. Konfektionshäuser wurden ausgeraubt und für Hunderttausende Mark an Waren gestohlen. Im Norden und Osten der Stadt bis zum Zentrum sind zahlreiche Geschäfte ausgeraubt worden. Besonders wurden jedoch Lebensmittelgeschäfte, Butter- und Fleischwarenhandlungen ausgeplündert. Auf offener Straße hielten mittags 12 Uhr etwa zehn Matrosen an der Ecke der Schönhauser und Treskowstraße einen Schneidermeister an und raubten ihm eine Brieftasche mit 2000 M., die goldene Uhr und Kette.

Beim Einzuge der Truppen zum Schutze des Polizeipräsidiums gestern mittag versuchte eine **tausendköpfige Menge auf dem Alexanderplatz**, die Truppen zurückzuhalten. Diese mußten schließlich von der Schußwaffe Gebrauch machen. Drei Personen wurden getötet. Das Polizeipräsidium erhielt abends weiteren Schutz durch Regierungstruppen und eine Feldartillerieabteilung. Ein Versuch, in die Alexanderkaserne einzudringen, konnte unter schweren Verlusten des Gesindels abgeschlagen werden. In der Kaiser-Wilhelm- und Münzstraße sowie am Bülowplatze waren zahlreiche Barrikaden errichtet worden. Spartakisten versuchten unter allen erdenklichen Verkleidungen in das Polizeipräsidium einzudringen und die Besatzung zur Uebergabe des Gebäudes zu veranlassen. Heute morgen sind weitere zahlreiche Truppen eingetroffen und halten den ganzen inneren Stadtteil besetzt. Schwere Tanks fuhren heute früh nach der Münzstraße, um die Gegend von dem zahlreichen Gesindel zu befreien. Trotz allen Warnungen der Kommandantur sammeln sich immer wieder große Mengen verbrecherischer Elemente auf dem Alexanderplatze an. Da bis 11 Uhr vormittags die Ansammlungen zunahmen, mußte der Platz mit Waffengewalt geräumt werden. Auffallend ist, daß sich unter den Massen zahlreiche Frauen und Kinder befinden.

Unsre Flotte, die Nahrungsnot und die Entente.

Am Dienstag begannen in Spa die Verhandlungen über die Lebensmittelversorgung Deutschlands. Im Laufe der Vollsitzung überreichten die verbündeten Regierungen ein Memorandum, worin die Bedingungen über eine zeitweilige Lebensmittelversorgung Deutschlands und die Ablieferung der deutschen Handelsflotte im einzelnen festgesetzt sind. Admiral Hope erklärte, daß man nicht erlauben werde, irgendwelche Nahrungsmittel nach Deutschland gelangen zu lassen, bis ein bedeutender Fortschritt in der Uebergabe der deutschen Handelsflotte gemacht sei. Es müsse daher sofort eine Versicherung der deutschen Regierung erfolgen, daß sie das Nötige für das Auslaufen der Flotte tue und daß sie die gesamte Handelsflotte unter die Kontrolle der Verbündeten stellen werde. Aus den Verhandlungen geht klar hervor, daß die Verbündeten entgegen den deutschen Wünschen nicht die Absicht haben, über die gesamte Versorgung Deutschlands bis zur nächsten Ernte zu verhandeln, sondern die kleine bereits abgesprochene Teillieferung von 270 000 Tonnen machen wollen. Darüber hinaus wollen sie Deutschland nur noch eine ziemlich verklausulierte Teillieferung von 100 000 Tonnen aus Argentinien machen. **Hope erklärte, es sei keine Rede davon, Deutschland oder sonst irgend jemand bis zur nächsten Ernte zu versorgen. Der englische Delegierte Kannes fügte dem hinzu, der Verband habe beschlossen, nicht über mehr zu verhandeln, als über die Menge von 270 000 Tonnen. Auch diese Menge könne Deutschland nur auf dem Wege der Ablieferung der Schiffe erhalten. Wenn die Schiffe abgeliefert seien, werde dieser grundsätzliche Standpunkt die Vertreter des Verbandes nicht hindern, in technische Besprechungen über weitere Lieferungen an Deutschland einzutreten. Für die Ablieferung der Flotte werden die alten Bedingungen gestellt.**

Der deutsche Delegierte erklärte u. a.: Deutschland habe das größte Interesse daran, die Verhandlungen zu beschleunigen, und sei fest entschlossen, mit der Auslieferung der Schiffe sofort zu beginnen. Die deutsche Regierung könne aber die Verantwortung nicht übernehmen, die Flotte herzugeben, ohne die Lebensmittelversorgung für die hungernde deutsche Bevölkerung geordnet zu haben. Admiral Hope erklärte zum Schluß der Verhandlungen, er könne nicht einwilligen, die Einzelfragen in Unterkommissionen zu verhandeln, bevor er schlüssige Antworten auf die Fragen wegen der Auslieferung der gesamten deutschen Flotte erhalten habe. Daraufhin wurden die Verhandlungen vormittags vertagt.

Infolge dieser Vorgänge in Spa fand in Weimar eine Sitzung des Kabinetts statt, als deren Ergebnis eine Instruktion nach Spa an unsre Unterhändler ergangen ist. Auf Grund dieser neuen Instruktion wird heute nachmittag in Spa wiederum verhandelt.

Arbeiterräte und Verfassung.

In einer Versammlung der Berliner Arbeiterräte, die sich mit der Frage der Verankerung der Arbeiterräte in der Verfassung der deutschen Republik beschäftigte, vertrat der Genosse Kaliski einen Vorschlag, von dem er eine Erhöhung des Einflusses der Arbeiterklasse auf die Gesetzgebung über das in der Nationalversammlung mögliche Maß hinaus erwartet. Dieser Vorschlag lautet:

Der Rätegedanke muß auf dem Boden der Demokratie seine Verwirklichung finden. Das demokratische Rätesystem muß in der Verfassung verankert werden. Es stellt die Vertretung der Arbeitskraft des Volkes dar. Während das Parlament des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts die Vertretung der Bevölkerung nach ihrer besonderen Zahl darstellt, stellt die Kammer der Arbeit, die sich auf dem Rätesystem aufbaut, die Vertretung der Produktivkraft und der Leistung des Volkes dar. In dem Parlament des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts sind alle Staatsbürger ohne Rücksicht auf ihre besondere Funktion vertreten, es repräsentiert die formale Demokratie. Die Kammer der Arbeit repräsentiert die schaffenden Kräfte der einzelnen Klassen nach ihrer Bedeutung für die Gemeinschaft, also den Aufbau des Sozialismus. Jede aus allgemeinen Wahlen hervorgehende Körperschaft erhält eine Kammer der Arbeit. Die deutsche Einheitsrepublik wird von unten aufgebaut durch selbstverwaltende Gemeinden, Kreise, Provinzen, Länder, die Zusammenfassung ist das Reich. In jeder dieser genannten politischen Einheiten herrscht das Parlament, ergänzt durch die Kammer der Arbeit.

Die Aufgaben der Kammer der Arbeit sind: **Ausarbeitung und Prüfung aller Gesetze wirtschaftlichen Charakters; dauernde Untersuchung der Wirtschaftsentwicklung mit dem Recht der Initiative bei der Sozialisierung einzelner Produktionszweige. Zu dem Zustandekommen eines Gesetzes bedarf es der Zustimmung beider Häuser. Wenn die allgemeine Kammer ein und dasselbe Gesetz dreimal in derselben Form angenommen hat, wird es auch ohne Zustimmung der Kammer der Arbeit Gesetz. Beide Kammern haben das Recht, ein Referendum zu verlangen.**

Ferner bilden die Arbeiterräte die Vertretung der Arbeiter für die Fragen der Produktion in den Arbeitsgemeinschaften, die für alle Gewerbe errichtet werden müssen. Die bisher errichteten Arbeitsgemeinschaften, in denen die Arbeitgeberverbände mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten, sind Vertretungen zur Regelung der Berufsfragen. Sie müssen nun auch zu Vertretungen der Produktion werden, die von den Unternehmern und Arbeitern gemeinsam getragen werden. Die Arbeiter werden hierbei durch die Arbeiterräte vertreten. Die Arbeitsgemeinschaft ist der Unterbau der Sozialisierung.

Kaliski will also dem Parlament als der Vertretung des ganzen Volkes ohne Rücksicht auf die besonderen Funktionen der einzelnen Statsbürger eine Kammer der Arbeit als Vertretung der schaffenden Kräfte der einzelnen Klassen des Volkes nach ihrer Bedeutung für die Gemeinschaft gegenüberstellen. Das bedeutet nichts andres als die Einführung des Zweikammersystems, wie es in den meisten deutschen Bundesstaaten bis zur Revolution bestanden hat, für das ganze Reich und alle seine Teile bis herab zu den Provinzen, Kreisen und Gemeinden. Auch wenn diese Kammern der Arbeit grundsätzlich ganz anders aufgebaut und zusammengesetzt wären wie die überwundenen ersten Kammern in den Bundesstaaten, so würden sie doch genau so wie diese durch den Sturmwind der Revolution hinweggefegten Gebilde in ihrer Wirkung eine wesentliche Komplizierung des ganzen Apparates bedeuten, durch die die Erfüllung der vielen und großen Aufgaben, die von der Gesetzgebung nach dem Siege der Revolution zu bewältigen sind, nur aufgehalten und verzögert werden würde. Hinzu kommt, daß der Verfassungsentwurf für das Reich neben der aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden Volksvertretung bereits ein Staatenhaus vorsieht. Sollte dieses verwirklicht werden, dann würde Deutschland sogar bei der Durchführung des Kaliskischen Vorschlages mit einem Dreikammersystem „gesegnet" sein. Der Vorwärts hat Recht, wenn er sagt: „Ein solches Mehrkammersystem bedeutet eine endlose Verschleppung der Gesetzgebung sowie einen Verstoß gegen den Grundsatz, daß der allgemeine Volkswille die einzige Quelle öffentlichen Rechtes ist."

Der Vorschlag Kaliskis scheint uns auch die Bedeutung allzusehr aus dem Auge zu lassen, die die Gewerkschaften im ganzen Wirtschaftsleben und auch im Produktionsprozeß bereits haben. Der Krieg hat sie nicht nur nicht zu zertrümmern vermocht, sondern ihren Einfluß noch bedeutend erhöht. Und daß ihnen auch die Revolution nichts anzuhaben vermochte, das wird durch ihren geradezu gewaltigen Aufschwung in den letzten Monaten bewiesen. Sie können jetzt schon über drei Millionen Mitglieder mustern, weit mehr als jemals in ihren besten Zeiten vor dem Kriege! Sie paßten sich der Eigenart der verschiedenen Berufsverhältnisse an, erhöhten ständig ihren Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wurden immer mehr zu mitbestimmenden Faktoren bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und regelten diese durch Tarifverträge für große Arbeitergruppen und ganze Berufe. Die Selbstherrlichkeit des Unternehmers wurde von den Gewerkschaften gebrochen und sie waren schon vor der Revolution auf dem besten Wege, den Arbeitern weitgehende Mitbestimmungsrechte auf die Warenpreisbildung und auf die Warenerzeugung zu erobern und zu sichern. Die Gewerkschaften sind noch heute, was sie immer waren: die berufenen Vertretungen der Arbeiterklasse im Wirtschaftsleben! Diese hundertfach bewährten Organisationen brauchen nur folgerichtig weiterentwickelt, mit größeren Rechten ausgestattet zu werden, um der Arbeiterschaft die Erfüllung aller Aufgaben, zu deren Verfolgung die Arbeiterräte herangezogen werden sollen, auch wirklich zu gewährleisten. Dieser Aufgabenbereich liegt vollständig im Rahmen der bisherigen gewerkschaftlichen Entwicklung!

Ein dieser Tage gefaßter Beschluß der auf dem Boden der S. P. D. stehenden Groß-Berliner Betriebsvertrauensleute und Arbeiterräte, der die verfassungsmäßige Regelung der Stellung von Betriebs-, Bezirks- und Landesarbeiterräten verlangt, weist diesen Räten folgende Aufgaben zu:

„Die Arbeiterräte haben weitgehendes Mitbeschlußfassungsrecht bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse, Kontrolle der Produktion, Begutachtung und Antragstellung bei allen sozialpolitischen und wirtschaftlichen Gesetzgebungsmaßnahmen, Mitwirkung bei der Sozialisierung von Produktionszweigen, Kontrolle sozialisierter Betriebe."

Wir bezweifeln, daß Betriebs-, Bezirks- und Landesarbeiterräte diese Aufgaben besser zu erfüllen vermöchten, als die in der Richtung dieser Aufgaben bereits seit langem wirkenden Gewerkschaften. Es darf nicht vergessen werden, daß die Bedingungen jedes Betriebes in innigem Zusammenhange mit den Bedingungen der ganzen Industrie stehen, daß für diese Zusammenhänge mindestens den Betriebs- und Ortsräten vorläufig noch das notwendige Augenmaß fehlt. Die zentralen, auf ganze Industrien zugeschnittenen Gewerkschaften haben sich dieses Augenmaß im Laufe ihrer Entwicklung und in der Praxis eines Vierteljahrhunderts bereits seit langem erworben. Durch ihre örtliche Zusammenfassung in den Gewerkschaftskartellen und ihre zentrale Vereinigung haben sie aber auch dafür gesorgt, daß ihnen der Blick über den einzelnen Beruf oder jede Industrie hinaus auf das große Ganze nicht getrübt wird.

Wir halten also den zweckentsprechenden, in ihrer ganzen bisherigen Entwicklung liegenden Ausbau der Gewerkschaften und ihres Arbeitsgebietes zur Erfüllung der wirtschaftlichen Aufgaben, die man den Arbeiterräten zuweisen will, für geeigneter und schneller zum Ziele führend, als den Vorschlag Kaliskis. Die Gewerkschaften haben ja auch bereits in den Gewerkschaftskartellen den örtlichen und in den Arbeiterausschüssen den Betriebsunterbau. Wir haben natürlich nichts dagegen, wenn auch diese Arbeiterausschüsse und Gewerkschaftskartelle mit höheren Machtvollkommenheiten in der Richtung des Kaliskischen Vorschlages ausgestattet oder als Betriebsräte usw. bezeichnet würden. Alle diese Einrichtungen und die Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit, möge man rechtlich in der deutschen Republik verankern! Sie werden, gestützt auf ihre reichen Erfahrungen, nicht nur im bisherigen Rahmen erfolgreich weiterwirken, sondern auch am Aufbau des Sozialismus tatkräftig mitarbeiten, den heilsamsten und fördernsten Einfluß auf die Gesetzgebung ausüben und die schaffenden Kräfte der Arbeiterklasse nach ihrer Bedeutung für die Gemeinschaft wirksam zur Geltung bringen, ohne daß es neuer Einrichtungen und des Mehrkammersystems bedarf.

Bevorstehende Einigung in Mitteldeutschland.

Der Wahnsinn der jetzigen Streikbewegung, durch die bolschewistisch-spartakistische Elemente mit stillschweigender Duldung oder auch offener Förderung durch die Unabhängigen ganz Deutschland den Anarchie ans Messer liefern möchten, wird grell beleuchtet durch die Tatsache, daß in Ostpreußen wegen des Streiks 200 Waggons Getreide verkommen sind. Bei den Verhandlungen über den Generalstreik in Königsberg wurde festgestellt, daß streikende Eisenbahnarbeiter die Waggons einfach stehen ließen und in aller Seelenruhe zusahen, wie Regen und sonstige Witterungseinflüsse den kostbaren Inhalt verdarben. Dieselben Arbeiter verlangten nach solcher frevlen Handlungsweise amtliche Maßregeln gegen den Schleichhandel. Der Reichskommissar Winnig bezeichnete vor den Arbeitervertretern das Verhalten dieser Arbeiter als geradezu verbrecherisch. Er wird jedem nüchternen Beurteiler der Verhältnisse aus der Seele gesprochen haben. Man stelle sich nur vor: Das deutsche Volk leidet schwerste Not! Die durch den Hunger hervorgerufene verzweifelte Stimmung großer Volkskreise wird von einem kleinen Grüppchen verantwortungsloser Streiktreiber zur wüstesten Agitation für den politischen Massenstreik ausgenutzt. Gerade durch den Streik wird aber, wie das Königsberger Beispiel lehrt, der Nahrungsmittelmangel gewissenlos gesteigert und die Hungersnot auf die Spitze getrieben! Hungernde Proletarier, die sich zu diesem Wahnsinn immer wieder aufputschen und mißbrauchen lassen, wüten gegen sich selbst und gegen ihre Frauen und Kinder! Die Dresdner Arbeiterschaft hat sich in der klaren Erkenntnis dieser Tatsachen bis auf wenige Ausnahmen von dem Streikwahn freigehalten und damit eine politische und wirtschaftliche Scheidung bewiesen, an der man sich im übrigen Deutschland ein Beispiel nehmen sollte.

Der durch die Spartakusunruhen in Halle angerichtete Schaden wird auf 20 Millionen Mark geschätzt. Die Hauptwache der Stadt befinden sich in den Händen der Regierungstruppen, doch können Plünderungen nach wie vor noch nicht vollständig verhindert werden. In der letzten Nacht wurden elf Plünderer hingerichtet. Die Eisenbahn ist bereits wieder in Betrieb. Der Zugverkehr Weimar—Halle—Berlin und München—Halle—Berlin wurde wieder aufgenommen. Post und Telegraph, Polizei, Wach- und Schließgesellschaft haben ihre Tätigkeit wieder begonnen, ebenso wurde gestern nachmittag das Elektrizitätswerk wieder in Betrieb gesetzt. Der Aktionsausschuß des Halleschen Bürgerstreiks fordert durch Anschlag die Bürger auf, die Arbeit wieder aufzunehmen und für die geordnete Versorgung der Stadt Halle einzutreten, da die Regierungstruppen geordnete Verhältnisse herstellen würden.

Gestern fanden unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Bauer Verhandlungen mit den Vertretern der Ausständigen des mitteldeutschen Streikgebiets statt, die zu einer völligen Einigung führten. Die anwesenden Arbeitervertreter stimmten für ihre Person den beschlossenen Vereinbarungen zu und versprachen, in ihren Kreisen für die sofortige Durchführung einzutreten. Dadurch wird hoffentlich auch die drohende schwere Schädigung des Mansfelder Kupferschieferbergbaues abgewendet werden, der, wenn die Arbeit nicht bald wieder aufgenommen werden kann, auf Jahre hinaus zerstört würde; dadurch würde Deutschland seiner einzigen inländischen Kaliquelle beraubt werden.

In Erfurt geht der Generalstreik heute zu Ende. Die Führer des Streikkomitees der Unabhängigen sind in Verhandlungen eingetreten mit dem Streikausschuß der Aerzte und Beamten. Die streikenden Arbeiter haben die Forderungen des bürgerlichen Streikausschusses restlos angenommen. Sie erklären sich bereit, die Volksernährung sicherzustellen, allen Beamten und Bürgern die persönliche Freiheit zu gewährleisten und die Arbeit in den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken sofort wieder aufzunehmen. Auch der Verkehr wird unverzüglich wieder in Gang gebracht werden. Nur in einigen Privatunternehmungen wird weiter gestreikt.

Ganz anders sieht es freilich immer noch in Leipzig aus, wo sich die Lage noch mehr zuzuspitzen scheint. Die Streikleitung erläßt in der Hoffnung auf einen Erfolg des Berliner Generalstreiks scharfe Aufrufe gegen die Bürgerschaft, während der Bürgerausschuß auch seinerseits zum Aushalten im Gegenstreik auffordert. In Schönefeld bei Leipzig sind Schützengräben aufgeworfen worden. Die Arbeiter werden im Volkshause bewaffnet. Die sächsische Regierung hat an den Arbeiter- und Soldatenrat in Leipzig die telegraphische Mitteilung gerichtet, daß der Volksbeauftragte Schwarz bereit sei, mit dem Arbeiter- und Soldatenrat am Donnerstag über die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens in Leipzig zu verhandeln. Das, was die Leipziger Volksregierung zu diesem vernünftigen Schritt sagt, läßt leider keinerlei Einsicht erkennen.

In Plauen i. V. erklärte das Gewerkschaftskartell in einer Vollversammlung, daß an den Gerüchten über einen bevorstehenden Generalstreik nichts Wahres sei. Hier dürfte keine Gefahr bestehen, daß ein Generalstreik zustande kommt.

Trotzkis Ziele.

Nach einer Meldung aus Helsingfors erklärte Trotzki auf dem allrussischen Sowjetkongreß am 25. Februar in Petersburg, daß die Ententeregierungen von ihrem Plane, sich in Rußlands Angelegenheiten zu mischen, abgesehen hätten. Damit sei der Sieg der Bolschewisten gesichert. Die politischen Manöver der Bolschewisten hätten ihre Feinde in eine schwierige Lage gebracht. Der Volkskommissar für den Krieg gab eine Uebersicht über die militärische Lage und sagte: Die Bolschewisten müßten vier große Ziele erreichen, und zwar an der Murmanküste und bei Archangel vordringen, die Flußmündungen am Schwarzen Meere in Besitz nehmen, die früheren Grenzen Ostpreußens erreichen und den Feind aus dem Ural vertreiben.

Dies hieße mit einem Wort also: Wiederherstellung der früheren Grenzen mit Ausnahme Polens, von dem der Volkskommissar nicht spricht. Eine innerrussische Angelegenheit, über die sich Sowjetrußland mit den Staaten auseinanderzusetzen hätte, die sich von Großrußland losgesagt haben und die das von den Bolschewisten geforderte Selbstbestimmungsrecht der Völker für sich in Anspruch nehmen. Deutschland hätte keinen Grund, sich in diese Auseinandersetzung einzumischen. Dann aber müßte die Sowjetregierung vor allem bündig erklären, daß sie sich auch jeder Einmischung in deutsche innerpolitische Angelegenheiten enthält. Und was noch wichtiger wäre: sie müßte alle die Vorkehrungen und Rüstungen einstellen, die sich nicht anders denn als Vorbereitungen zu einem Einmarsch in deutsches Gebiet deuten lassen. Solange Trotzki das nicht tut, wird Deutschland aufmerksamer auf seine Taten als auf seine Worte achten müssen. Denn entscheidender als das, was Trotzki und seine Organe in Petersburg reden, ist das, was sie vor den Grenzen Deutschlands tun.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190306/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Die Kohlenfrage und die Notlage der sächsischen Industrie.

6. Sitzung der Volkskammer.

Dresden, 5. März.

Die Kammer nimmt zunächst den **Gesetzentwurf über die Kriegsentschädigung der Mitglieder der Volkskammer** in allgemeiner Vorberatung und überweist ihn nach kurzer Aussprache zur Weiterberatung an die Gesetzgebungsdeputation.

Weiter steht zur Verhandlung die **Interpellation Arzt und Genossen** (Soz.):

Was hat die Regierung getan und was gedenkt sie weiter zu tun, um die Frage der **Kohlenversorgung** den Bedürfnissen der Bevölkerung, der Industrie und des Verkehrs entsprechend zu regeln?

Von der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen liegen ebenfalls zwei Interpellationen vor, die Auskunft über den Stand der Kohlenversorgung Sachsens verlangen. Außerdem befragt eine Interpellation Blüher (D. Vp.) die Regierung, was sie getan hat und noch zu tun gedenkt, um die Notlage der sächsischen Industrie zu heben.

Ein Antrag Posern (Demokrat) verlangt schleunige Maßnahmen, damit nach Friedensschluß 1. Rohstoffe aus dem Auslande der Industrie und dem gewerblichen Mittelstande ohne Verzug zu angemessenen Bedingungen zugeführt werden, 2. die Versorgung der industriellen und gewerblichen Unternehmungen mit Kohlen und Betriebsstoffen dauernd sichergestellt wird.

Zunächst begründet Abg. Posern seinen Antrag. Für die Rohstoffversorgung komme die Textilindustrie in erster Linie in Frage. Sachsen sei während des Krieges bei der Rohstoffversorgung schlecht weggekommen. Die Hoffnungen auf inländische Ersatzfaserstoffe seien enttäuscht worden und die heimische Schafzucht stecke noch in den Anfängen. Nur die Kunstseide bleibe uns noch als eigener Rohstoff. In ähnlicher Notlage wie die Textilindustrie befinde sich die Metallindustrie und die Leder-, Holz- und Papierindustrie. Gewiß werde nach Friedensschluß der freie Handel uns neue Bezugsquellen eröffnen, aber sicher wollen unsre Feinde lieber Fertigfabrikate als Rohstoffe liefern. Wir verlangen deshalb sächsische Vertreter bei den Verhandlungen über unsre zukünftige Friedenswirtschaft und die Anstellung sächsischer Sachverständigen in den zuständigen Reichsämtern sowie sachgemäße Rohstoffverteilung. Zur Fabrikation gehören aber nicht nur Rohstoffe, sondern auch Kohlen, und Aufgabe der Regierung ist es, die erforderlichen Betriebsstoffe zu schaffen. Viel Kohlen ließen sich auch sparen durch eine Elektrisierung der Eisenbahnen.

Abg. Dr. Niethammer (Deutsche Vp.) begründet die Interpellationen Blüher. Die inneren unsicheren Verhältnisse hinderten jede Exportitätigkeit und die Kriegswirtschaftsstellen bildeten geradezu eine Hemmung neuer Abschlüsse. Dazu komme der Ausfall der Wanderarbeiter, das von der Sozialdemokratie geforderte Verbot der Heimarbeit, die Erhöhung der Löhne und schließlich noch das Gespenst der Sozialisierung und die Enteignung der Betriebskapitalien. Werde die Lust an der Arbeit weiter so verdorben wie bisher, käme die Industrie überhaupt nicht wieder auf die Beine. Sachsen ist leider auch in Kohlen Zuschußland, und da uns die Zufuhren aus Böhmen fehlen, stünden viele Industrien vor dem Zusammenbruch. Deshalb sollte die Regierung energisch für Kohlen sorgen. Jeder Kohlenarbeiter schaffe für fünf Industriearbeiter Brot.

Abg. Dr. Beutler (Deutschnatl.) teilt die ungünstige Beurteilung der Ersatzfaserstoffe seitens der Vorredner nicht. Die Kohlenfrage sei zumeist eine Transportfrage. Einer Elektrisierung der Staatsbahnen ständen gewisse Bedenken gegenüber. Die Ueberteuerung der Industrie werde zu nichts anderm, als zur Pleite führen, und dann seien die Arbeiter auch fertig. Was die Industriegewinne im Kriege anbetreffe, so seien doch die Preise von den Preisprüfungsstellen in Berlin festgesetzt worden. Höhere Gewinne habe die Privatindustrie dadurch erzielt, daß sie rationeller zu arbeiten verstehe als die Staatsbetriebe.

Abg. Descher (Soz.)

begründet den Antrag Arzt. In weiten Kreisen herrsche der Eindruck, daß es bei rechtzeitigen Maßnahmen möglich gewesen wäre, dem Volke die Kohlenmisere zu erleichtern. Die Transportschwierigkeiten wären bei besserer Organisation zu lindern. Im Westen stünden Hunderte von den Feinden zurückgewiesene Lokomotiven und die in den Reparaturwerkstätten befindlichen müßten ebenfalls so rasch als möglich in den Verkehr gebracht werden. An Arbeitskräften fehle es im Bergbau nicht. Der Rückgang der Förderung sei nicht Schuld der Bergleute. Während des Krieges sei die Arbeitsleistung bis aufs äußerste gesteigert worden und Raubbau getrieben worden. Die Reparaturen habe man vernachlässigt und die Körperkräfte seien geschwächt. Auf verschiedenen Werken werde über Mangel an Holz geklagt. Die Streiks ließen sich durch Verhandlungen in Güte beilegen. Die Sozialisierung des Bergbaues sei das einzige Mittel zur Behebung der Kohlennot.

Arbeitsminister Schwarz:

Vorläufig sind wir noch vom feindlichen Ausland hermetisch abgeschlossen. Mit dem neutralen Ausland sind die Fäden schon wieder angeknüpft. Mit den guten Ersatzfaserstoffen werden wir weiter arbeiten müssen. Die Papierstoffe sind für die Bekleidung ungeeignet. Ob man den Handel ganz freigeben kann, steht dahin, aber man kann ihm Ellbogenfreiheit gewähren. Es läßt sich nicht schematisieren und auch nicht bureaukratisieren. Die Regierung erwägt, ob zur Schaffung von Absatzmöglichkeiten im Auslande und für den Verkehr mit dem Auslande überhaupt an Stelle der Behörden nicht praktische Geschäftsmänner und Kaufleute herangezogen werden sollen. Das Ausland hat nun einmal eine Antipathie, wenn in Handelsbeziehungen Dienstbehörden hineinreden. Bei den Friedensverträgen muß selbstverständlich die sächsische Industrie und das sächsische Wirtschaftsleben in allen seinen Ausstrahlungen besonders berücksichtigt werden. Bayern hat sich dadurch etwas mehr Geltung verschaffen können, weil es in der Lage ist, anderm mehr Lebensmittel abzugeben. Die Heimarbeit sei ein Kapitel für sich, über das sich stundenlang reden ließe; sie hat gewisse Schattenseiten und Schwächen. Die Regierung wird versuchen, sie ganz zum Verschwinden zu bringen. Die Befürchtungen wegen der achtstündigen Arbeitszeit sind übertrieben. Sie bestand teilweise schon vor dem Kriege und jetzt haben wir Beschäftigungsmangel. Im Bergbau ist ein derartiges Angebot von Arbeitern, daß man endlich mit dem alten Märchen vom Arbeitermangel in den Bergwerken aufhören sollte.

Die Bureaukratisierung des gesamten Lebens im Kriege hat sich in den Frieden hinübergerettet. Sie macht es oft erforderlich, sanft ungewohnte Töne anzuschlagen, um in Berlin etwas zu erreichen. Die Berliner Stellen erschwerten das Wirtschaftsleben ungeheuer. Solange die Demobilisation nicht völlig durchgeführt ist, müssen wir leider noch mit einer Reihe von Berliner Kriegsamtstellen arbeiten. Die Sicherheit des einzelnen zu sichern, ist bisher gelungen. In Zeiten, wo Aufregung herrscht und alles durcheinanderquirlt, ist dies eine ungeheure Leistung. Sie ist ein Verdienst der Arbeiterdisziplin.

Zur Kohlenfrage bemerkte der Minister, daß dem Reichskommissar ein sächsischer Kohlenbaufachverständiger in der Person des Bergwerksdirektors Jäckel zur Seite steht, der nicht dulden werde, daß Sachsen benachteiligt wird. Zunächst sind die Bäckereien mit Kohlen zu versorgen. Gewiß ist es gut, wenn die Industrie über ein mehrfaches Betriebskapital zur Produktion verfügt, er (der Minister) müsse aber die Frage stellen: Wie stelle man sich die Verzinsung und Tilgung der Kriegsschulden vor? Nach Berechnung von Statistikern haben wir 80 Wochen im Jahre dafür zu arbeiten. Die Industriellen haben während des Krieges erklärt, sie könnten selbst 2,5 oder 10 Pfennig Lohnzulage für die Stunde nicht bewilligen, weil die gezahlten Preise eine Lohnerhöhung nicht zuließen. Wie kann demgegenüber der Abg. Dr. Beutler seine Darstellung über die Entstehung der Kriegsgewinne in der Industrie noch aufrechterhalten? Entweder treffen seine Behauptungen nicht zu oder die Industriellen haben im Kriege gelogen. Die Regierung hat alles getan, was unter den schwierigen Verhältnissen möglich gewesen sei. Die Regierung wird mit Sachverständigen dauernd in Fühlung bleiben. Alles Veraltete und Ueberflüssige muß aus Handel und Industrie verschwinden.

Die Debatte.

Abg. Schäfer (Unabh.) kritisiert das Verhalten der Grubenbarone als gewissenlos und verwahrt die Arbeiterschaft dagegen, daß sie den Rückgang der Kohlenförderung verschuldet habe. Aufgabe der Regierung sei es, die Grubenherren zu zwingen, die Kohlenförderung so zu erhöhen, wie es möglich sei. Er frage die Regierung, ob die ungeheure Steigerung der Kohlenpreise mit Zustimmung der Regierung erfolgt ist. Ein Abbau der Kohlenpreise ließe sich dadurch erreichen, daß man die Kohlenzehnten abschaffe. Die Regierung sollte auch für eine gleichmäßige und gerechte Kohlenverteilung eintreten und sich um die Grubenverhältnisse im Bornaer Revier kümmern. Die Leipziger Arbeitslosen seien bereit zu 9 M. Tagelohn in den Gruben zu arbeiten, wenn auch die reichen Leute mitmachen. (Sehr gut! bei den Unabhängigen.)

Abg. Lehnig (Deutschnatl.): Der Minister habe diejenige Objektivität den Parteien gegenüber vermissen lassen, die man von einem Regierungsmitgliede erwarten müsse. Ein solches Regierungssystem sei unhaltbar und müsse sich bald abwirtschaften. Das drohende Gespenst der Sozialisierung müsse, solange es nicht fest umgrenzt sei, den deutschen Unternehmergeist lähmen.

Abg. Günther (Dem.) glaubt, daß deutsche Arbeitskraft und Intelligenz das Wirtschaftsleben wieder hoch bringen werden.

Abg. Krause-Chemnitz (Soz.)

fordert den Ausbau der Demobilmachungsausschüsse. Obgleich mit der Rohstoffverteilung die industriellen Organisationen betraut seien, blühen Schiebergeschäfte in geradezu grandioser Weise vor. Die Schieber sitzen also in den industriellen Kreisen selbst. Die Regierung sollte deshalb auf die Verteilung der Rohstoffe ein wachsames Auge haben. Die meisten Industriellen hätten es verstanden, ihre alten Beziehungen mit dem Auslande wieder anzuknüpfen und auch die Zusicherung erhalten, daß sie Rohstoffe bekommen sollen, soviel sie haben wollen. Deshalb halte er (Redner) die Kohlenversorgung wichtiger als die Rohstoffversorgung. Bezüglich der Baumwolle sei man freilich auf Amerika angewiesen, mit dem man sich deshalb verständigen müsse. In der Kohlenfrage bestehe in Bergarbeiterkreisen die Ueberzeugung, daß die Produktion künstlich niedergehalten werde. Wenn die Schicht beginne, fänden oft mehrere Hunde beladen da, wäre das nicht der Fall, könnten jeden Tag zwei bis drei Hunde mehr gefördert werden. Die Regierung solle der Sache mal auf den Grund gehen. Man spricht immer von der Arbeitsunlust der Arbeiter, obgleich es eine solche gar nicht gibt, nicht aber von der Arbeitsunlust der Unternehmer. (Sehr richtig!) Der Regierungsrat Nischke hat vor einigen Tagen erklärt, daß die Regierung, um die Transportschwierigkeiten zu beseitigen, der Industrie Aufträge erteilt habe, Reparaturen an Lokomotiven und Wagen auszuführen, eigenartigerweise sei aber festzustellen, daß die Industrie sich teilweise geweigert hat, diese Reparaturen auszuführen. Von den in Auftrag gegebenen Lokomotiven habe man noch nicht eine erhalten. (Hört, hört! bei den Soz.) Weigere sich die Industrie, solche Arbeiten auszuführen, so trage sie zur Vermehrung der Unruhen in Deutschland bei. Redner fordert dann noch die Regierung auf, die Verhältnisse in der Heimindustrie bald gesetzlich zu regeln.

Abg. Dr. Eckardt (Deutschnatl.) spricht den Bergarbeitern Dank aus für die geleisteten treuen Dienste in der Kriegszeit und sagt, die Bergwerksbesitzer müßten ja mit Blindheit geschlagen sein, wenn sie nicht sehen würden, daß der Bolschewismus nicht besser gedeihen kann, als wenn sie die wirtschaftliche Not vergrößern helfen. Es sei ein Trugbild, anzunehmen, daß die Sozialisierung des Bergbaues der Allgemeinheit irgendwelchen nennenswerten Vorteil bringen werde.

Abg. Krause-Lugau (Soz.):

Das Lob des Vertreters der Bergwerksbesitzer komme reichlich spät. Die Bergarbeiter hätten immer ihre Pflicht getan, nicht bloß während des Krieges, nur sei es von den Bergwerksbesitzern nicht anerkannt worden. Die Kohlennot sei nicht erst seit Ausbruch der Revolution entstanden, sondern eine Folge des Krieges, nur trete sie jetzt mehr in Erscheinung. Man solle auch nicht glauben, daß die Einstellung von mehreren tausend Arbeitern zu einer sofortigen Erhöhung der Kohlenproduktion führe, gerade im Bergbau sei hinsichtlich der Einstellung und Beschäftigung der Arbeiter eine gewisse Stetigkeit notwendig. Wenn jetzt im Lugau-Oelsnitzer Revier noch Ruhe herrsche, so nicht deshalb, weil dort etwa bessere Verhältnisse herrschen, sondern es sei der alten ortseingesessenen Arbeiterschaft zu verdanken, die sich ihrer Verantwortung bewußt sei. Die am 1. Januar 1919 eingetretene Lohnerhöhung stehe in keinem Verhältnis zu der Kohlenpreiserhöhung seit dieser Zeit. Infolge der Unterernährung befänden sich die Bergarbeiter in einer Situation, wo von einer Mehrleistung nicht die Rede sein könne. Der Redner fordert schließlich noch die Wiedereinführung des Zweidrittelsystems und die Beseitigung des Kohlengehnteilsystems.

Damit schließt die Debatte. Die Besprechung der Interpellation ist beendet. Der Antrag Posern wird einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag vormittag 10 Uhr: Die Interpellationen über den Terror und die Beschränkung der Preßfreiheit in Leipzig.

Die Zustände in Posen.

Weimar, 5. März.

Die Sitzung wurde um 3¼ Uhr nachmittags eröffnet. Zur Beratung stand die deutschnationale Interpellation über die **Zustände in der Provinz Posen.**

Frau Dr. Schirmacher (Deutschn.): In den Ostmarken ist heute noch Krieg, denn die Polen haben trotz dem Waffenstillstande vom 17. Februar die

Feindseligkeiten nicht eingestellt.

Die deutsche Bevölkerung an der ganzen Demarkationslinie ist in Angst und Not. Zehntausende sind geflüchtet. Noch schlimmer sind die jenseits der Demarkationslinie unter polnischer Herrschaft lebenden Deutschen dran, wo keine deutsche Verwaltung mehr besteht. Dort beginnt jetzt die Rückwanderung der im Westen befindlichen polnischen Bevölkerung, die ungefähr 200 000 Seelen stark jetzt in die Ostmark zurückkehrt, um das polnische Element zu verstärken und bei einer Abstimmung beweisen zu können, wie stark das polnische Posen ist. Die Gerichte sind dort einseitig mit Polen besetzt und parteiisch. Daraus ergibt sich völlige Rechtlosigkeit der Deutschen. Die Aushebung erstreckt sich auf Deutsche. Die deutschen Geiseln, die ihre Kost wie das Vieh aus dem Napf erhalten, sind noch nicht zurückgegeben worden. Die deutschen Städte und Dörfer werden mit hohen Kriegssteuern belegt. Alle Deutschen sollen von ihrem Einkommen 50 Proz. Steuern für das polnische Heer zahlen. Die Rednerin schilderte weiter in bewegten Worten die Grausamkeiten, mit denen der Krieg von den Polen geführt werde und fragte: Soll das Posener Trauerspiel auch auf Westpreußen übergreifen? Die Polen haben in Westpreußen schon einen Staat im Staate gegründet. Die Danziger Bevölkerung ist außerordentlich beunruhigt. Ich frage deshalb die Regierung, was sie zu tun willens und fähig ist.

Reichsminister Erzberger:

General Dupont hat erklärt, daß alliierte Offiziere entsandt werden sollen, um Verletzungen der Demarkationslinie zu verhindern. Er hat sich weiter verpflichtet, für die Durchführung des Schutzes der deutschen Bewohner innerhalb der Demarkationslinie einzutreten. Die Alliierten werden gegen alle polnischen Uebergriffe einschreiten. Alle Geiseln sollen zurückgelassen werden. Sobald die Einstellung der Feindseligkeiten durchgeführt ist, wird der behinderte Eisenbahn- und Schiffahrtsverkehr in der Provinz Posen wieder aufgenommen werden. Es ist zu hoffen, daß wir aus dem besetzten Gebiete im Osten landwirtschaftliche Erzeugnisse erhalten können, da auch polnischerseits wegen der großen Nachfrage nach deutschen Industrieerzeugnissen in Polen sich ein reger Warenaustausch entwickeln muß. Die Regierung tut alles, um die Not unsrer Landsleute in der Ostmark zu lindern. Die Aussagen der Alliierten, daß die Polen die Demarkationslinie nicht überschreiten dürften und die Geiseln freilassen würden, sind Inhalt des Waffenstillstandsabkommens, wenn sie auch aus formalen Gründen nicht in das Protokoll aufgenommen wurden. Gegenüber der Befürchtung, daß die polnische Bewegung auf Westpreußen übergreifen werde, gebe ich zu bedenken, ob nicht gerade die Festsetzung der Demarkationslinie einen Schutz dagegen bietet. Es ist jetzt Aufgabe der wehrfähigen Jugend, besonders in der Ostmark, ihre Heimat mit aller Kraft zu verteidigen. Ich hätte gewünscht, daß die preußische Polenpolitik schon früher den Grundrechten des polnischen Volkes besser gerecht geworden wäre. Die Lage wäre dann für uns heute viel günstiger. Die neue preußische Regierung hat erst sehr spät den Versuch machen können, berechtigten polnischen Wünschen Rechnung zu tragen. Einer der wichtigsten Programmsätze der deutschen Regierung zum Friedensschluß ist der

Schutz der nationalen Minderheiten.

Diese Forderung wird am besten dadurch begründet, daß wir den bei uns wohnenden nationalen Minderheiten dieselben Freiheiten gewähren, die wir für unsre deutschen Volksgenossen in andern Ländern verlangen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Preußischer Unterstaatssekretär Heinrichs: Durch das Abkommen vom 17. Februar ist der Schutz der Deutschen östlich der Demarkationslinie der interalliierten Kommission in Wertschen übertragen worden, die in diesen Tagen in Bromberg zusammentreten wird. Die preußische Regierung hat der Kommission bereits die Grundsätze mitgeteilt, nach denen sie die Verhandlungen geführt zu wissen wünscht. Sie fordert u. a., daß die Provinz Posen ein Bestandteil Preußens bleibt. In der Geiselfrage ist neben den Verhandlungen der Waffenstillstandskommission noch eine besondere Aktion des Roten Kreuzes im Gange. Die preußische Regierung wird tun, was in ihren Kräften steht, und wird sich dabei von dem Grundsatze leiten lassen, was deutsch ist, soll deutsch bleiben.

Auf Antrag des deutschnationalen Abgeordneten Schulz-Bromberg findet Besprechung der Interpellation statt mit Beschränkung der Redezeit auf 25 Minuten.

Abg. Schulz-Posen (Soz.): Ich habe genug mit den Polen verhandelt und muß sagen, soviel Verhandlungen, soviel Wortbrüche. Man wird versuchen, für das ganze gemischtsprachige Gebiet eine paritätische Verwaltung einzurichten. Wenn man im Gegensatz zur alten Regierung und den alldeutschen Treibereien Menschen- und Volksrechte achtet, wird es möglich sein, daß die beiden Völker nebeneinander leben.

Abg. Gaspare (Zentr.): Auch östlich der Demarkationslinie liegen noch reindeutsche Gebiete. Die Polen sollten sich durch Rachedurst nicht verleiten lassen, Lebensmittel aus Posen zurückzuhalten und dadurch in Deutschland die Hungersnot zu begünstigen. Hunger ist der Vater des Bolschewismus. Wenn dieser auch in Deutschland zur Herrschaft gelangt, dann ist das Schicksal Posens besiegelt. Die gegen Deutschland gerichtete Politik gefährdet aber auch den Stand der katholischen Kirche im Osten.

Abg. Dr. Hermann-Posen (Demokr.): Als die Revolution kam, hatten die Polen schon ihre Vorbereitungen getroffen, um ihren Ansprüchen praktisch Nachdruck zu geben durch ihre Organisation der Volkskräfte.

Abg. Dr. Herrmann (Posen, Dem.): Die Anordnung der Wehrpflicht der Deutschen in den von den Polen beherrschten Gebieten war der letzte entscheidende Eingriff der Polen. Die deutschen wehrfähigen Männer sollen in die polnische Volkswehr eintreten, die eine militärische Einrichtung ist. Die Zivilgerichte im Demarkationsgebiet sind beinahe lahmgelegt, weil die polnischen Standgerichte auch die kleinsten Vergehen aburteilen und äußerst hart bestrafen. Die Zahl der Deutschen beträgt im Bromberger Gebiet 50 v. H., im Posener Gebiet 38,2 v. H. In den Städten wohnen aber überall mehr Deutsche als Polen. Schon angesichts der Tatsache, daß wir vor einer furchtbaren Hungerkatastrophe stehen, muß alles aufgeboten werden, um die Ostmark als Ueberschußgebiet dem Reiche zu erhalten.

Abg. Ohler (Deutschnat. Volksp.): Herrn v. Gerlach trifft die ganze Schuld für das furchtbare Elend im Osten. Er erkundigte sich bei den Polenführern und rief dann in die ganze Welt hinaus: „In Posen ist alles in bester Ordnung.“ Da haben wir uns verlassen gefühlt von unsern Stammesgenossen und unsrer eigenen Regierung. Der Gang der Dinge hat es bewiesen, daß diese Worte ein Verbrechen am Deutschtum des Ostens, ein Verbrechen am deutschen Volke waren.

Abg. Bauermann (Deutsche Volksp.): Die Notlage unsrer Volksgenossen in der Ostmark ist in der Tat erbärmlich. Herr v. Gerlach, der von polnischen Verhältnissen so viel versteht wie der Blinde von der Farbe, soll noch heute Mitglied der Regierung sein. Es muß ein erschreckender Mangel an Talenten bestehen, wenn eine so bewährte Unfähigkeit noch länger in der Regierung geduldet wird.

Abg. Dr. Cohn (Unabh. Soz.): Die Polen beugen sich jetzt dem Machtspruch der Verbandsmächte und werden sich hüten, die Gunst, die sie jetzt bei ihnen genießen, aufs Spiel zu setzen. Es müssen Personen in die Waffenstillstandskommission geschickt werden, die das Vertrauen der Welt und auch der Gegner besitzen. Der Vorsitzende der Waffenstillstandskommission hat nach seiner politischen Vergangenheit und nach seiner Haltung während des Krieges keinen Anspruch auf das Vertrauen der Welt. Erzberger hat die Fähigkeit eines seelischen Stehaufmännchens. (Große Heiterkeit.) Er ist nicht niederzukriegen, und wenn wir einmal ein Ministerium Ledebour, Däumig, Spartakus haben, so wird sicher Herr Erzberger auch dabei sein. (Große Heiterkeit.)

Reichsminister Erzberger:

Die Angriffe des Abgeordneten Cohn berühren mich nicht. (Beifall.) Was von seinen Ausführungen zu halten ist, zeigt, daß er sich nicht scheut, hier zu behaupten, es seien 350 000 Polen aus Kongreßpolen nach Deutschland verschleppt worden. Das ist eine

glatte Unwahrheit.

Die Zahl der abgeführten Geiseln übersteigt nicht einmal 1000. Bei den 350 000 sind die Arbeiter mitgerechnet, die vor und während des Krieges nach Deutschland gekommen sind. Wenn wir nicht genug Macht gegen die Polen aufgebracht haben, so ist das ausschließlich die Schuld der unabhängigen Sozialdemokraten. Es ist unwahr, daß ich schweizerische Preßorgane gekauft und Volksaufstände in Rumänien inszeniert habe. Abgeordneter Cohn glaubt alle Märchen, die unsre Gegner im Ausland verkünden. Verschonen Sie uns hier im Hause mit Angriffen, die jeder tatsächlichen Berechtigung entbehren.

Abg. Davidsohn (Soz.): Ehrlich gesagt, war die heutige Debatte überflüssig, denn die Redner sämtlicher bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Deutschnationalen haben den Standpunkt eingenommen, daß wir einfach an den Artikel 13 der Wilsonschen Vorschläge gebunden sind. Im übrigen werden wir zu einer schiedlich-friedlichen Verständigung mit den Polen kommen müssen.

Damit schließt die Debatte.

Nächste Sitzung: Freitag den 7. März, nachmittags 3¼ Uhr. Anfragen, Sozialisierungsgesetz und Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft.

Schluß 8¼ Uhr.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190306/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leuben u. Umg.

Freitag den 7. März, abends 7½ Uhr im Gasthof Leuben

Große Volks-Versammlung.

Tagesordnung:

Hebung der Volks- und Fortbildungsschulen, eine dringliche Aufgabe der Sozialdemokratie.

Freie Aussprache.

Referent: Genosse Lehrer **Marx, Kemnitz.**

Die künftige Ausbildung unserer Schuljugend ist im neuen Staate eine der wichtigsten unserer Forderungen, daher das Erscheinen aller ganz besonders notwendig. [f454] D. V.

Rähnitz-Hellerau-Wilschdorf.

Dienstag den 11. März, abends 7½ Uhr im Lindengarten zu Rähnitz

Große öffentliche Versammlung

Thema: Die Forderungen der Kriegsbeschädigten, -teilnehmer u. Hinterbliebenen im neuen Volksstaat.

Referent: **Max Tautz**, Rähnitz. — Freie Aussprache.

Das Erscheinen aller noch im Dienst befindlichen und entlassenen Kameraden sowie der Hinterbliebenen ist in Anbetracht des äußerst wichtigen Themas unbedingt erforderlich! — Zahlreicher Besuch der gesamten Einwohnerschaft erbeten. [m52b]

Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen -teilnehmer. Ortsgruppe Klotzsche, Rähnitz und Umg.

Soz. Verein Dresden-A.

Freitag den 7. März, abends 7½ Uhr

Gruppen-Versammlungen

1. Gruppe: **Schnads Gasthaus**, Kl. Plauensche Gasse 2. Vortrag: **Unsre nächsten Aufgaben.** Referent: Genosse Jungnitsch.
2. Gruppe: **Restaurant Völkel**, Zöllnerstraße 35.
3. Gruppe: **Restaurant Jakob**, Rietschelstraße 20.
4. Gruppe: **Restaurant Wilsdruffer Vorstadt**, Freiberger Straße 9.
5. Gruppe: **Dresdner Volkshaus**, Ritzenbergstraße.
6. Gruppe: **Restaur. Scholze**, Schnorrstr. 62. **Vortrag:** Unsre nächsten Aufgaben. Genosse Elsner.
7. Gruppe: **Restaurant zur Rollschuhbahn**, Wintergartenstraße, Ecke Hopfgartenstraße.
8. Gruppe: **Restaurant Berndt**, Zwickauer Straße 31.

Tages-Ordnung:

Bericht des Vorstandes. Diskussion. Neuwahlen der Gruppenvorstände. Vorschläge zum Aktionskomitee, zum Bezirksvorstand, zur Zeitungskommission und zu Jugendbeiräten.

Der Vorstand.

Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen! [f448

---

8. Kreis, Gruppe Zschachwitz.

Freitag den 7. März, abends 7 Uhr im Gasthof Groß-Zschachwitz

Gruppen-Versammlung

Tagesordnung: 1. Unsre bevorstehenden Aufgaben.
2. Bericht der Gemeindevertreter.
3. Parteiangelegenheiten. [f627

Es werden die Parteigenossen ersucht, sich zahlreich einzufinden. Die Gruppenleitung.

Steinsetzer und Rammer

Freitag den 7. März, nachm. 5 Uhr, im **Dresdner Volkshaus**

Betriebsbesprechung

der beim Rat zu Dresden (Tiefbau-Amt) beschäftigten Steinsetzer und Rammer.

Tagesordnung: Bericht des Ausschusses über Verhandlungen, Löhne betreffend. D. V.

Sozialdemokr. Verein für den 6. Wahlkreis

Gruppe Cotta

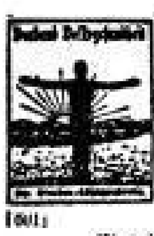
Freitag den 7. März, nicht Sonnabend den 8. März abends 6½ Uhr, im **Schusterhaus**

Stiftungsfest

Ausführende:

Beyers Viktoria-Sänger

Nachdem **Ball.** [m178



Verband Volksgesundheit

Ortsverein Plauenscher Grund (E. V.)

Sonnabend den 8. März in **Köhlers Gasthof** in Döhlen

Tanz-Abend

Volles Orchester des Bergmusikkorps.

Eintritt für Damen 1 M., für Herren 1.50 M.

[f601] Anfang 6 Uhr. Der Vorstand.

Deutschösterreicher!

Sonnabend findet im **Carolagarten, Gerokstraße,** ein

Tanz-Abend

statt. — Nur Eintritt. — Einlaß 5 Uhr. D. V. [b4483

Konzertina-Verein Harmonie, Dresden-Cotta.

Sonnabend den 8. März alles nach dem **Gasthof Wölfnitz**, dort findet wieder ein fideler **Tanzabend** statt. [b4481]
Anfang 6 Uhr. Ende 11½ Uhr. Vollzählige Vereinskapelle.

Sonnabend den 8. März im renovierten Saale des

Gasthofs zu Gittersee

Weber-Sänger

mit durchschlagendem Programm.

Anfang 7½ Uhr. [m54] Nachdem **Ball.**

Krankenversicherungsverein für Uhrmacher und Mechaniker zu Glashütte (Zuschußkasse).

Sonnabend, 8. März, abends 8 Uhr, im **Hotel Stadt Dresden**

Jahres-Hauptversammlung.

Die geehrten Mitglieder werden hiermit höflichst eingeladen und gebeten, recht zahlreich teilzunehmen.

Glashütte, den 5. März 1919.

[18] Der Vorstand. J. A. Ausland, Vorsitzender.

Morgen Konzertdirektion **R. Schoenfelder.**

Sonnabend, 7 Uhr, **Künstlerhaus**

Lustiger Abend: Otto Taube

Heitere Dichtungen von Liliencron, Busch, Groth, Scheffel u. a. Fröhliche Volks- und Handwerksburschenlieder

= zur Laute. = [f618

Karten Mk. 1, 2, 3, 4 im Residenz-Kaufhaus.

Gasthof Wölfnitz

Freitag den 7. März 1919 **Damenball** [b4501]

wozu **Geselligkeitsverein Harmonie** freundlichst einladet. D. V.

SARRASANI

Der glänzende Märzspielplan:

Marino, der Mann mit Eisenrippen
2 Genaros, Balance-Akt
J. u. M. Ula, Badeabenteuer auf d. Rade

Neue Freiheitsdressuren
Margraf Rowelly, Musikalakt im Auto,
Jackley Roston in Mensch oder Affe

Das große Revolutionsschauspiel:

Eine Königin ohne Krone

Vorverkauf an der Circuskasse und im ReKa

Trocadero: Heitere Kunst. [f61

Königshof-Theater

Anfang 7 Uhr. Ende 9½ Uhr.

Uraufführung für Dresden! [b4383

Der Liebe goldne Zeit

Singspiel-Operette in einem Vorspiel und 2 Akten von P. G. Hanke, Musik von E. Schick.

Fernsprecher 13415.

MUSENHALLE

Vorst. Löbtau, Kesselsdorfer Str. 12. Straßenbahnlinien 7, 13, 22.

Täglich abends 7 Uhr: Der neue Lachschlager!

Auf der Alm, da gibt's ka Sünd! Original-Oberbayerische Gebirgsposse in 4 Akten.

Neu für hier! So hat man — lange nicht gelacht!? [m170

Tivoli-Palast

(grosser Saal)

Liebes-Reigen

Drei lustige Akte von Herm. Wagner.
:: Musik von Dr. Ralph Benatzky. ::

Toller Humor! Großer Lacherfolg!

Vorverkauf: F. Ries, Seestraße 21, Residenz-Kaufhaus, O. Reinicke (Ad. Brauer), Hauptstr. 3.

Ab 1. März täglich abends 7¼ Uhr. [b4414
Sonntags nachm. 3½ Uhr und abends 7¼ Uhr.

Belvedere

Kleinkunstbühne

März-Spielplan:

Max Marzelli
der urkomische Musik-Imitator
Lia und **Ty**, Moderne Tänze
Lisa Metzger
Opern- und Vortrags-Sängerin
Hanna Fritzel, Vortrags-Soubrette
Jersey und **Juliette**
Manipulator-Kunst-Handschattenspiele
Musizierende Silhouetten
Dita Wittenborn, Phantasie-Tänze
Hans Schnitzer
Ansager und Charakter-Darsteller

Am Flügel: **Frank Rolf**
Orchester: **Heinz Elber** [f136

Gasthof Leubnitz-Neuostra Endstation der Straßenbahn 9

Freitag den 7. März, Anfang 7 Uhr abds. **Feine Reunion.**

Eintritt: Herren 2 M., Damen 1 M., Tanz frei. [b4476

Beim **Binder-Willy** in der

Tonhalle

Dresden-N. Glacisstr. 28

jeden Sonntag und Freitag

Feiner Ball.

Nur Eintritt. [m101] Tanz frei!

Bekannt gute Küche. — ff. Kuchen.

Freitags u. Sonntags [w176]

Moderne

Ballmusik.

Direktion: **Oskar Müller.**

Historischer Gasthof Bürgergarten Dr. Löbtau

Straßenbahn: Linien 7, 13, 22. — Löbtauer Straße 19.

Renovierter Ballsaal!

Zur Abhaltung von Festlichkeiten, Versammlungen, Sitzungen usw. halten wir unsre Lokalitäten bestens empfohlen.

Hochachtungsvoll **Paul Müller u. Frau.**

Verkehrslokal des Arbeiter-Radfahrer-Bundes Solidarität.

Carolagarten Gerokstr. 27. Straßenbahnlinien 1 u. 3.

Sonnabend den 8. März findet ein **Tanzabend**

statt. Einlaß 5 Uhr. Nur Eintritt. D. V. [b4482

Reichshallen

Palmstraße 13 (nahe Postplatz). Jeden Sonntag und Freitag

Große öffentl. Ballmusik

Tourentanz — Tanzmarken.

Ab Freitag:

Täglich 4 Uhr
Sonntag 3 Uhr

Fern Andras

Todessprung

Der sensationelle Zirkusfilm

Um Krone u. Peitsche

Vaterland-Lichtspiele

Freiberger Platz 20. [s179

U.T

Licht-Spiele

Dresden, Waisenhausstraße 22.

Aphrodite

Das Problem der Liebe

in 6 Akten.

Hervorragende Bilder und wunderbare Naturaufnahmen.

Vorführungszeiten:
Wochentags von 4 bis 10 Uhr.
Sonntags von 3 bis 10 Uhr.

[f179

Humorist und Komiker A. Marsiske

Nicolaistraße 14 mit neuem, selbstverfaßtem Programm empfiehlt sich geehrten Vereinen usw. Auch Spielduett. [b4447

Gasth. Gittersee.

Sonnabend den 8. März abends 7½ Uhr **Weber-Sänger**

Ballhaus eröffnet!

Mandolinen, Lauten Gitarren

in größter Auswahl

Otto Friebel

Ziegelstraße 18.

Beachten Sie bitte genau meine Firma! [b…]

Flüssiges Gold

Tokayer

naturedel, als einwandfreier Medizinalwein

Oronoso

roter Süßwein feurig, mild

C. Spielhagen Ecke

Weingroßhandlung

Annenstraße 9 Stadthaus, Feuerwehr.

Filiale: Bautzner Straße 9 neben der Kronen-Apotheke.

Sommerhüte

werd. auf neust. Form. umgearb.

H. Mohr [illegible]

Umpresserei

Flemmingstr. 5, Nähe Annenkirche.

Für die [b4463]

Tanzstunde

Voile u. Batiste

sehr preiswert, große Auswahl.

Kupfernagel, Pillnitzer Str.

Zur Anfertigung feiner Haararbeiten

empfiehlt sich

Rosa Reinert, Oppellstr. 31. Fernruf 17 861. [w159

Kaufe jed. Posten Frauenhaar.

---

20 Proz. billiger

weil d. Brand beschädigt

Einkochapparate Wärmflaschen Kochkisten [illegible]

und vieles andere mehr.

Otto Graichen

Trompeterstraße 15 Zentraltheater-Passage. Geöffnet bis 6 Uhr.

Damen-Schneiderei

Zutaten Knöpfe [m…]

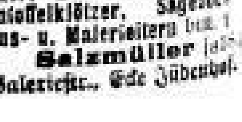
Nicolaus Carstensen

5 Wilsdruffer Straße 5.

Grob gespalt. Kiefernholz u. grob gespaltenes Hartholz geb. als Kohleersatz, je 1 Mtr. lg. Roll. u. Scheite, Schwarten u. Sämlinge u. klargespalt. Anzündholz liefert ab Lager Freiberg. 2 u. frei vors Haus **Holzhdlg. Säge- und Spaltewerk M. Drechsel,** Dresden. Gr. Klostergasse 8, I. [illegible] Fernruf: 2036 und 19105.

Haut- und Harnleiden

der Männer u. Frauen behandelt **Wänig,** Struvestrasse 60, I. (nahe Carolahaus). Sprechzeit: 1–4 Uhr, abends 6–8 Uhr. Sonntags 10–12 Uhr. [illegible] **27jährige Praxis.**



Leiterwagen, Handwagen, einz. **Räder, Waschwannen,** Holzpantoffelklötzer, **Sägeböcke, Haus- u. Malerleitern** bis 1[illegible]

Salzmüller [illegible]

Galeriestr., Ecke Jüdenhof.

Sächsische Angelegenheiten.

Forderungen der Wenden.

Der wendische Nationalausschuß stellt in einem Flugblatt folgende Einzelforderungen auf: Vereinigung aller Ober- und Niederlausitzer Wenden zu einem selbständigen Staate, in dem alle Beamten vom untersten Polizeidiener bis zum Fürsten oder Präsidenten wendisch sprechen, Einrichtung wendischer Volksschulen, je eines wendischen Lehrerseminars, Gymnasiums, einer Realschule, einer Landwirtschaftlichen Schule, einer wendischen Haushaltungsschule, eines wendischen Parlaments, ohne dessen Einwilligung kein Gesetz im Wendenstaate gilt. Die wendische Sprache ist bei der Post, der Eisenbahn, bei Gericht, überhaupt bei allen Behörden einzuführen. Ein wendisches Volksheer ist zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und zur Gewinnung der nötigen Unterbeamten zu errichten.

Dagegen hat der wendische Arbeitsausschuß im Einvernehmen mit dem Ausschuß sachsentreuer Wenden die wendischen Wünsche formuliert und sie der Regierung unterbreitet. Gefordert wird auch in gemischtsprachigen Schulen die Anwendung der wendischen Sprache in allen Fächern und auf allen Stufen. Den Lehrern an wendischen und gemischtsprachigen Schulen soll in Anbetracht der schwierigen Arbeit eine Zulage aus Staatsmitteln gewährt werden. Die Bezirksschulinspektoren von Bautzen und Kamenz möchten der wendischen Sprache mächtig sein. Die Aufnahme wendischer Seminarbewerber in Bautzen ist tunlichst zu fördern. In den beiden Bautzner Seminaren ist ein zweijähriger Vorbereitungskursus einzurichten. Kirchenvisitationen, Amtswaltungen und Einweisungen in wendisch-deutschen Kirchengemeinden möchten einem des Wendischen mächtigen Geistlichen übertragen werden. Vermögen der Kirche und Kirchengemeinden sind diesen zu belassen. Die kirchlichen Friedhöfe sind nicht in politische umzuwandeln. Bei den Amtsgerichten Bautzen, Löbau und Kamenz muß mindestens ein Jurist der wendischen Sprache mächtig sein. Ebenso ist bei den Amtshauptmannschaften Bautzen, Löbau und Kamenz ein des Wendischen mächtiger Verwaltungsbeamter einzustellen.

In wendischen Kreisen besteht kein Zweifel, daß diese Forderungen, die als Mindestforderungen des Wendentums angesehen werden müssen, von der Regierung bewilligt werden.

•

Am Mittwoch fand in Bautzen eine große Protestkundgebung statt, die von allen politischen Parteien gemeinsam veranstaltet worden war. Der Saal des Schützenhauses und der Kronensaal waren von Menschen dicht gefüllt. Von sozialdemokratischer Seite sprach Genosse Uhlig, der sich entschieden gegen die unter dem Deckmantel des „Selbstbestimmungsrechts" aus schäbigen materiellen Beweggründen betriebene Zerreißung einer tausendjährigen Kulturgemeinschaft zwischen Wenden und Deutschen wie auch gegen die im Fortgang der Pläne selbstverständlich werdende Vergewaltigung deutschen Gebietes wandte und auf die Gefahren hinwies, die die Machenschaften auch für das Wendenvolk in ihrem Schoße tragen. Eine einstimmig angenommene Entschließung erhebt nachdrücklich Einspruch gegen das Treiben „der im wendischen Nationalausschuß vertretenen kleinen Minderheit, die sich trotz allen Protesten noch immer anmaßt, als Wortführer der gesamten wendischen Oberlausitz aufzutreten und die Abtrennung der Lausitz zu fordern".

Kein Klang der aufgeregten Zeit drang noch in diese Einsamkeit.

Die sächsischen Seminarlehrer scheinen von der Revolution überhaupt nichts gemerkt zu haben. Die Volksschullehrerschaft ist auf dem Plan, sie kämpft für eine Schulreform nach ihrem Sinne, die Seminarlehrerschaft hält scheinbar einen Winterschlaf. Oder irren wir uns? Vielleicht ist die Seminarlehrerschaft gar der Meinung, daß die sächsische Lehrerbildung mustergültig, daß eine Reform gar nicht nötig ist? Möglich ist das.

In welchem Geiste die Seminarlehrerschaft befangen ist, geht aus folgendem Konferenzbeschluß der Lehrer des Seminars zu Dresden-Strehlen hervor: Alle Seminaristen haben jeden Sonntag Kirchgang, die aus dem Felde zurückgekehrten Primaner müssen einen Sonntag um den andern die Kirche besuchen.

Also erwachsene Leute, die das unsäglichste Grauen und die Qualen des Krieges hinter sich haben, werden gegängelt wie unreife Jungen. Sie müssen, gleichviel ob sie wollen oder nicht, zur Kirche. Das ist Geist vom Mittelalter, wie er in Sachsen in den Lehrerbildungsanstalten noch überall wirkt.

Eine Berichtigung.

Zu der in Nr. 44 unsers Blattes erschienenen Notiz: „Zusammenbruch eines Verleumdungsfeldzugs" sendet uns der Arbeiter- und Bauernrat Weinböhla, gezeichnet A. Schnieder, eine Berichtigung, die im wesentlichen wie folgt lautet: Gegen den früheren Gemeindeverwalter Schumann wurden schwere Anschuldigungen erhoben und dessen Absetzung verlangt. Daraufhin wurden die Anklager Hasenpacher, Martha und Albin Schnieder bei der Staatsanwaltschaft angeklagt. Diese teilte unterm 10. April 1917 den Angeklagten mit, daß „nach den durch den Kriminalinspektor Gerlach in meinem Auftrage geführten Erörterungen sich gegen den Fabrikbesitzer Saumann soviel Belastendes ergab, daß eine Anklage wegen Beleidigung mangels öffentlichen Interesses abzulehnen war . . ." Die Anschuldigungen waren also zu Recht erhoben. Der in den Revolutionstagen gewählte Arbeiter- und Bauernrat forderte nun endlich Abdankung Schumanns. Der Gemeindevorstand und der Finanzausschuß stimmten der Abdankung zu, waren einverstanden damit, daß der Arbeiter- und Bauernrat die Kontrolle übernahm und wählten später auch Herrn Neumann als Verwalter. Der Gemeinderat hieß diese Beschlüsse gut. Die Eheleute Schnieder hatten in der Kriegsküche keine markenfreie Futterkrippe, wie der Bericht sagt. Das Gegenteil ist wahr, sie erhielten ihr Essen gegen Marken und in der üblichen Weise. Es ist ferner nicht wahr, daß sämtliche Frauen in der Kriegsküche sich des Diebstahls schuldig gemacht hätten. Lediglich die Schälfrauen hatten sich dann und wann einige Kartoffeln gekocht und den Rest mitgenommen, wie sie es von jeher erpflogen hatten. Diese Nahrungsmittelentwendung aus Not ist kein Diebstahl. Das Küchenpersonal ist vollständig unbeteiligt. Es ist nicht wahr, daß die jetzige Küchenverwaltung oder irgend jemand den Mantel der Vergessenheit über diesen Vorgang breiten wollte. Das Gegenteil ist richtig, daß gerade durch die jetzige Verwaltung eine Untersuchung angestellt wurde, weil sie das Kartoffelkochen ausdrücklich untersagt hatte. Am 18. Februar wurde öffentlich im Gemeinderat über die Kriegsküche und betreffenden Artikel verhandelt. Der anwesende Schreiber desselben hat kein Wort zu seiner Rechtfertigung gesagt, während ihn der rechtssozialistische Gemeindevertreter Trepte direkt verurteilt hat. Es ist in erwähnter Gemeinderatssitzung ein Beweis nicht erbracht, daß sich der Verwalter Neumann oder das Ehepaar Schnieder Verfehlungen hat zuschulden kommen lassen und daß die Küche zusammengebrochen sei. Diese liefert noch täglich durchschnittlich 2000 Portionen schmackhaftes Essen, was allseitig anerkannt wird.

Das Siedlungswerk in Sachsen.

Ueber die leicht eintretende Verwechslung der Landes-Siedlungsgesellschaft mit der Landessiedlungsstelle wird uns geschrieben: Die Landessiedlungsstelle ist die Behörde, die in Siedlungsangelegenheiten mit den Unterbehörden (Amtshauptmannschaften, Stadträten, Gemeinderäten) verkehrt, die Ansiedlung im allgemeinen organisiert und die einheitliche Durchführung gesetzlicher Bestimmungen überwacht; die Landessiedlungsstelle bearbeitet unter anderem die Anträge von Kriegsverletzten auf Kapitalabfindung. Mit der praktischen Durchführung des einzelnen Siedlungsfalles befaßt sich diese Behörde nicht, das ist vielmehr Aufgabe der Landes-Siedlungsgesellschaft „Sächsisches Heim" in Dresden-A., Friesengasse 6 (Landhaus). „Sächsisches Heim" ist ein wirtschaftliches Unternehmen, dem die Form der Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegeben ist und dessen Geldmittel zur Ausführung der Siedlung verwandt werden; die Landes-Siedlungsgesellschaft arbeitet mit den Bezirks-Siedlungsgesellschaften, den örtlichen Bauvereinigungen und andern in der Sache tätigen Körperschaften zusammen.

Leipzig. Eine aus elf Personen bestehende organisierte Einbrecherbande in Militäruniform wurde vor einigen Tagen von der Leipziger Kriminalpolizei verhaftet. Die gefährliche Gesellschaft hat ihre Raubzüge unter der Leitung eines bewaffneten Anführers ausgeführt und ist seit Dezember der Schrecken der Bahnverwaltungen in Leipzig-Plagwitz gewesen. Sie hat eine sehr große Zahl Eisenbahnwagen erbrochen und ausgeplündert. Die Abnehmer des gestohlenen Gutes, vorwiegend Lebensmittel, waren meist Geschäftsleute, von denen zehn als Hehler ermittelt worden sind.

Stadt-Chronik.

Aenderungen in der Reichsversicherungsordnung.

Bekanntlich waren die politischen Machthaber in Deutschland bis zum Ausbruche des Krieges bei jeder sich bietenden Gelegenheit darauf bedacht, ihre durch ererbte Gewalt überkommene Vorherrschaft zu sichern und zu festigen und, wenn möglich, noch zu vergrößern. Selbst soziale Gesetze mußten diesem Zwecke dienen. Zum Beispiel waren in der Reichsversicherungsordnung mit der ausgesprochenen Absicht, den Einfluß der Sozialdemokraten bei den Krankenkassen zu brechen, Bestimmungen für die Wahl des Vorsitzenden, des Vorstandes und der Beamten der Kasse getroffen worden, die ungerecht und unsozial wirkten. Bei den Wahlen mußten die Arbeitgeber, die entsprechend der Anteilspflicht zur Beitragszahlung stets ein Drittel des Vorstands bilden, und die Arbeitnehmer, die entsprechend ihrer Beitragszahlung zwei Drittel der Vorstandssitze innehaben, je in ihrer Gruppe getrennt abstimmen, und der zu Wählende mußte in beiden Gruppen die Mehrheit der Stimmen erhalten.

Diese geforderte Mehrheit der Beschlüsse beider Gruppen im Vorstand hatte zur Folge, daß ein Vorsitzender oder Beamter, der zum Beispiel in einem aus 18 Mitgliedern bestehenden Vorstande die 12 Stimmen der Arbeitnehmer und drei Stimmen der Arbeitgeber, im ganzen also 15 von 18 Stimmen auf sich vereinigte, nicht als gewählt galt. Demnach konnten drei Arbeitgeber im Vorstand die Wahl einer ihnen nicht genehmen Person verhindern. Das mußte verbitternd auf die werktätige Bevölkerung wirken, da es dem demokratischen Grundsatze Hohn spricht, wenn eine kleine Minderheit die übergroße Mehrheit in ihrer Arbeit lahmlegen kann. Diese skandalöse Bestimmung ist nunmehr beseitigt worden.

Am 12. Februar wurde durch eine im Reichsgesetzblatt veröffentlichte Verordnung der Reichsregierung vom 6. Januar d. J. bestimmt, daß als Vorsitzender des Vorstands und als Kassenbeamter gewählt ist, wer in ungetrennter Wahlhandlung die Mehrzahl der im Vorstande abgegebenen Stimmen erhält. Beseitigt ist auch die das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen einschränkende Bestimmung der Reichsversicherungsordnung, wonach den mit Anrecht auf Ruhegehalt angestellten Kassenbeamten die staatsrechtliche Beamteneigenschaft verliehen werden kann. Diese ebenfalls aus parteipolitischen Rücksichten geschaffene Bestimmung entzog die Kassenbeamten dem Einflusse des Vorstandes, um sie der Dienstgewalt der Behörden zu unterstellen. Fortan fallen die Kassenbeamten ausnahmslos unter die Dienstordnung, die vom Vorstande und Ausschuß der Kasse mit einfacher Stimmenmehrheit beschlossen wird.

Die Zunahme der Arbeitslosen in Groß-Dresden.

Die beim Zentralarbeitsnachweis gemeldete Zahl der Arbeitslosen ist im Monat Februar wieder gestiegen, wenn auch nicht in dem Maße, wie bis Mitte Januar. Mitte Dezember wurden 5666, Mitte Januar 15284 gezählt und Ende Februar stieg die Zahl der beim Zentralarbeitsnachweis gemeldeten Erwerbslosen in Dresden auf 21833. Sie verteilen sich auf die wichtigsten Industriegruppen wie folgt:

	Landwirtschaft	Metallverarbeit.	Papierindustrie	Lederindustrie	Holzindustrie	Nahrungs- u. Genußmittel
Mitte Dezember	30	1000	100	75	250	200
„ Januar	100	2000	150	150	500	500
Ende Februar	150	3000	200	200	600	600

	Bekleidungsgewerbe	Baugewerbe	Gastwirtsgewerbe	Handelsgewerbe
Mitte Dezember	150	250	50	400
„ Januar	350	1000	450	1400
Ende Februar	450	1600	700	2500

	Männl. ungelernte unter und über 21 Jahre	Weibliche	Kriegsbeschädigte
Mitte Dezember	1500	1000	100
„ Januar	2500	4000	500
Ende Februar	3500	6000	600

Der „Generalstreik".

Die Streikbewegung im Plauenschen Grunde ist nun endgültig zum Abschluß gelangt. Die Arbeiter der Glasfabrik Siemens haben am Mittwoch in geheimer Abstimmung mit Dreiviertel-Majorität die Weiterarbeit beschlossen. Nach der Abstimmung erklärten sich auch die Gegner für die Weiterarbeit. In der Löbtauer Glasfabrik war die große Mehrzahl der Arbeiter ebenfalls für die Fortsetzung der Arbeit. Nur ein ganz geringer Teil war für den Streik. Der Straßenbahnverkehr ist wieder aufgenommen worden. Die Elektrizitätswerke sind wieder in Betrieb.

In einer Sitzung des Elektrizitätswerksausschusses wurde mit den Streikenden verhandelt, um den Straßenbahnbetrieb wieder in Gang zu bringen. Nach dieser Sitzung, die ein günstiges Resultat erbrachte, beschloß eine Versammlung der Kommunisten in der Roten Schenke gegen eine Stimme die Aufhebung des gesamten Streiks. Die Bergarbeiter hatten sich vorher mit übergroßer Majorität für die Aufnahme der Arbeit erklärt, ebenso die Arbeiter aller größeren Betriebe. In der Versammlung wurde auch mitgeteilt, daß sieben Mitglieder der Streikleitung verhaftet worden seien. Die einzelnen Redner brachten ihren Unwillen über die mangelnde Tatkraft der Pirkaer Genossen in kräftigen Worten zum Ausdruck.

Wucher mit Wasser!

Neben dem ohne weiteres erkennbaren Preiswucher blüht ein verwerflicher Qualitätswucher, der die Preise der Lebensbedürfnisse für den Konsumenten noch um einen stattlichen Prozentsatz erhöht. Die ärgsten Mißstände lagen auf dem Gemüsemarkt vor (Mitverkauf der wertlosen Blätter als Gemüse), und sind noch nicht ganz beseitigt. Augenblicklich arbeiten viele skrupellose Vertreter des Lebensmittelgewerbes mit der Anwendung von Wasser, zum Beispiel in der Wurstfabrikation, dann aber auch im Tabak- und Südfruchthandel. Das Wasser wird immer wieder frisch angewandt und natürlich mitgewogen; es verdunstet schnell, und statt eines Pfundes hat der Käufer nach zwei bis drei Tagen nur noch 350 bis 400 Gramm Tabak. In derselben Weise werden Sultaninen, Feigen und Datteln behandelt, und dabei zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: erstens vermehrt das Wasser das Gewicht, und zweitens erhält alte Ware, um die es sich durchweg handelt, das appetitliche, zum Kauf anlockende Aussehen frischer Ware aus letzter Ernte. Auf diese Weise wird selbst schimmlige Ware wieder glänzend. Selbstredend sind solche Kniffe verwerflich und unbedingt zu verbieten. Die maßgebenden Stellen sollen die einschlägigen Bestimmungen, namentlich also die Strafbestimmungen des Gesetzes über den Verkehr mit Nahrungsmitteln, aber auch diejenigen der Bundesratsverordnungen wider den Wucher mit Lebens- und Genußmitteln wieder einmal energisch in Erinnerung und bei Zuwiderhandlungen in Anwendung bringen.

Versuchsweise Einrichtung eines Pferdebahnbetriebes.

Da die ungenügende Kohlenversorgung der Kraftwerke voraussichtlich noch längere Zeit anhalten wird und demzufolge mit der Einschränkung des Straßenbahnbetriebes noch weiterhin gerechnet werden muß, beabsichtigt die Verwaltung der städtischen Straßenbahn, während der Zeit des Ruhens des elektrischen Betriebes an Werktagen einen beschränkten Betrieb mit Pferden einzurichten. Der erste Versuch wird voraussichtlich in den nächsten Tagen auf der Strecke Altmarkt—Bergmannstraße beginnen. Die Wagen verkehren von früh gegen 8½ Uhr bis nachmittags gegen 2½ Uhr durch die König-Johann-Straße—Friesener Straße—Vorsbergstraße—Schandauer Straße in Zwischenzeiten von je 20 Minuten. Fahrpreis für die ganze Strecke: 75 Pf., für die bis auf weiteres alte außer Geltung gesetzte 10-Pf.-Fahrscheine ausgegeben werden. Teilstrecken bestehen nicht. Kinder zahlen vollen Preis. Zeit-, Arbeiterwochen- und Freikarten sowie Fahrtausweise haben auf diesen Wagen keine Gültigkeit. Die Wagen halten nach Bedarf an allen Straßenbahnhaltestellen.

Eingestellter Postverkehr.

Brief- und Paketsendungen nach Leipzig, Halle, Eisleben, Merseburg, Naumburg, Zeitz und Erfurt sind von heute an eingestellt.

Ertappte Lebensmittelhamster.

Bei einer auf Bahnhof Nossen vorgenommenen Revision der Eisenbahnreisenden durch Beamte des Kriegswucheramts und die dortige Schutzmannschaft wurden folgende Lebensmittel, die zum weitaus größten Teil nach Dresden gebracht werden sollten, beschlagnahmt: 256 Eier, 7 Pfund Butter, 28 Pfund Schinken, 5½ Pfund Schöpsenkeule, 5 Pfund Schweinefleisch, 2¾ Pfund Speck, 30 Pfund Körner, 2 Pfund Mehl, 180 Pfund Kartoffeln, 8 Pfund Bohnen, 15 Pfund Gerstenschrot, 1 Brot und 1 Huhn.

Um sich zu rächen, wurde der 20jährige Fürsorgezögling Rudolf Max Bonitz zum Einbrecher. Wegen früherer Straftaten war er in der Fürsorgeanstalt Rödernhof untergebracht. Da er sich zur Zufriedenheit führte, wurde er zu dem Gutsbesitzer P. in Lauterbach als Arbeiter beurlaubt. Dort hat er mindestens 15 Hühner gefangen und verkauft, sowie andre Diebstähle verübt. Der Gutsbesitzer veranlaßte die Zurückbringung B. in die Anstalt. Dort entwich dieser aber und stahl nun bei dem Gutsbesitzer einen getragnen Anzug, fünf Taschenuhren, Arbeitskleider und eine Menge Nahrungsmittel. Die gestohlenen Waren hatten einen Wert von reichlich 500 M. Er lud alles auf einen im Hofe stehenden Handwagen und fuhr damit nach Dresden, wo er das meiste Zeug verkaufte und den Wagen auf der Straße stehen ließ. Das Urteil lautete wegen einfachen und schweren Diebstahls auf neun Monate Gefängnis.

Gemeinschaftliche Diebstähle haben dem 28jährigen Handlungsgehilfen Artur Emil Eichler schon eine Reihe Gefängnis- und Zuchthausstrafen eingebracht und wieder hatte er sich wegen derselben Straftaten zu verantworten. Anfang Januar hatte er eine Wohnung in der Schäferstraße bezogen. Nach einigen Tagen verließ er dieselbe, nachdem er seinem Logiskollegen, einem Invaliden, den Kleiderschrank ausgeräumt und für über 500 M. Kleidungsstücke gestohlen hatte. Dasselbe Manöver wiederholte er in einer anderen Wohnung, wo er einen kompletten Anzug stahl und zum dritten Male entwendete er zwei Bettücher. Das Gericht verurteilte ihn wegen Rückfallsdiebstahls zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrenrechtsverlust.

Die Ziehung der Landeslotterie verschoben. Durch den Generalstreik in Leipzig ist auch die Landeslotterie in Mitleidenschaft gezogen worden. Die auf Mittwoch und Donnerstag angesetzte Ziehung der vierten Klasse muß um kurze Zeit verschoben werden.

Sozialdemokratischer Verein Dresden-A. Gruppe I. Die Versammlung am Freitag findet in Schnadis Gasthaus, Kleine Plauensche Gasse 2, statt.

Margarine- und Butterverteilung. Wie in der heutigen Ratsbekanntmachung mitgeteilt wird, kann die zur Belieferung der Landesfettkarte der Stadt Dresden „Februar Z" erforderliche Margarine wegen der Stockung des Verkehrs nicht rechtzeitig eintreffen. Dafür wird die Landesfettkarte der Stadt Dresden „März A" mit 62½ Gramm Butter schon Montag und Dienstag beliefert. Wegen Belieferung der Landesfettkarte „Februar Z" mit Margarine wird später näheres bekannt gemacht.

Zitronenverkauf. Von heute an wird in der Hauptmarkthalle ein Wagen Zitronen an die Inhaber der Obstbezugskarte mit je 50 Stück auf die Karte verteilt. Beliefert werden heute voraussichtlich Nr. 1—300. Näheres ergibt der Anschlag in der Hauptmarkthalle.

Klagen von Verwundeten. Eine neuerliche Einsendung befaßt sich mit der Erwiderung, die wir als Antwort auf unsern Artikel vom 27. Februar in der Nummer vom 1. März abdruckten. Der Einsender verwahren sich dagegen, daß das Personal angegriffen worden sei. Was den Ausgang betreffe, so würde dieser nur unter verschiedenen, täglich wiederkehrenden Schwierigkeiten gewährt; er müsse z. B. schon einen Tag vorher, und zwar vor 8 Uhr morgens um Ausgang nachgesucht werden. Bezüglich der Handreichungen der Patienten sei verlangt worden, bei großer Kälte und in einem ungeheizten Raume gegen eine Bezahlung von 20 Pf. die Stunde Kartoffeln zu schälen. Bei einem Hand-in-Hand-gehen von Patienten und Personal könne vieles gebessert werden, vor allem das Essen.

Esperanto. Der vom Deutschen Arbeiter-Esperantobund, Gruppe Dresden, veranstaltete Unterrichtskursus beginnt am 7. März, 7 Uhr, im Volkshaus.

Kinderschutzkommission der drei Kreise. Alle Fragebogen über erledigte Fälle sowie Kinderveranstaltungen müssen bis spätestens den 10. März in den Händen der Zentralvorsitzenden sein.

Berichtigung. Das Pfarramt der Jakobikirche teilt mit, daß zur Beheizung der Kirche keine bespannte Fuhre Halbbriketts abgeladen worden sei. Es seien zehn Hektoliter Briketts abgeladen worden, die verordnungsgemäß zur Beheizung der Räume geliefert wurden, die zur Jugendunterweisung dienen. Die Kirche würde seit langem nicht mehr geheizt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190306/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Vermischte Nachrichten. Ein Student der Medizin wurde am Mittwoch in seiner in der Otto-Allee gelegenen Wohnung mit Gas betäubt aufgefunden. Nach 15 Minuten führten die Wiederbelebungsversuche zum Erfolg. — Zwischen der Friedrich-August- und Albertbrücke wurde Mittwoch nachmittag ein Kind in den Fluten der Elbe schwimmend bemerkt. Die sofort gerufene Feuerwehr kam herbei, um das Kind zu bergen. Unterdessen war es aber Schiffern gelungen, es ans Land zu bringen, doch war es bereits ertrunken. — Neue Pockenerkrankungen sind am Mittwoch vom Koppitz, der Alaun-, Gehrisch- und Seminarstraße gemeldet worden. — Die auf Einführung der achtstündigen Dienstzeit bei der Dresdner Polizei gerichteten Bestrebungen, für die eine von uns kürzlich abgedruckte Zuschrift energisch eintrat, scheinen insofern Erfolg gehabt zu haben, als man jetzt probeweise die zwölf- bzw. achtstündige Dienstzeit von den Gendarmen verrichten läßt. Mit Hilfe der Sicherheitstruppe dürfte der Einführung der verkürzten Dienstzeit keine Schwierigkeit mehr im Wege stehen. — Der Betrieb auf der Straßenbahnstrecke Habsburgerstraße—Coßmannsdorf ist heute morgen wieder in vollem Umfange aufgenommen worden, nachdem das Elektrizitätswerk Deuben seit gestern wieder unbeschränkt arbeitet. — An den Rat und die Stadtverordneten Dresdens wollen sich erneut Interessenten der Gemeinden Coschütz, Gittersee bzw. Obergorbitz, Gompitz usw. mit dem Ersuchen wenden, das vor dem Kriege aufgeschobene Projekt der Weiterführung der Straßenbahnlinie 15 (Vorstadt Plauen) bzw. 7 (Vorstadt Wölfnitz) als Notstandsarbeiten sofort wieder aufzunehmen. — Brennender Straßenbahnwagen. Ein vorgestern abend vom Straßenbahnhof Wölfnitz abgefahrener Triebwagen der Linie 7 erlitt auf der Königsbrücker Straße Kurzschluß, so daß die Isoliervorrichtung und Holzteile des Untergestells sogleich in Flammen standen. Die Fahrgäste verließen den brennenden Wagen, zu dessen Löschung die Feuerwehr gerufen werden mußte.

Einigungsbestrebungen in Bayern.

München, 5. März. In der heutigen Nachmittagssitzung des Rätekongresses wurde ein dringlicher Antrag mit großer Mehrheit angenommen, wonach die Vertreter aus den Reihen der Mehrheitssozialisten und Unabhängigen sich erneut mit den am 12. Januar in den bayerischen Landtag gewählten Abgeordneten der Mehrheitspartei zusammenfinden sollen, um eine Einigung anzustreben. Die Verhandlungen werden am Freitag beginnen.

Die Beschlußfassung über die Bildung eines Ministeriums wurde vertagt.

Belagerungszustand in Ostpreußen.

Allenstein, 5. März. Wie das Allensteiner Volksblatt mitteilt, wurde heute vormittag durch den kommandierenden General des 20. Armeekorps mit Rücksicht auf den tatsächlich mit Polen bestehenden Kriegszustand über Stadt- und Landkreis Allenstein, die Kreise Löbau, Osterode, Neidenburg, Ortelsburg, Johannesburg, Lyck und Lötzen im Interesse der öffentlichen Sicherheit der Belagerungszustand verhängt.

Interpellation über die Ernährungsfrage.

Weimar, 5. März. Der Nationalversammlung ist folgende Interpellation der Mehrheitsparteien zugegangen: **Die in Deutschland greifbaren Ernteverräte reichen nicht aus, das deutsche Volk bis zur Einbringung der diesjährigen Ernte zu ernähren. Was gedenkt die Regierung zu tun, um die Ernährung des deutschen Volkes sicherzustellen?**

Deutschböhmens Erhebung.

Blutige Zusammenstöße mit den Tschechen.

Am Dienstag den 4. März fanden in ganz Deutschböhmen große Kundgebungen gegen die Verhinderung der Wahlen zur österreichischen Nationalversammlung durch die Tschechen und für das Selbstbestimmungsrecht Deutschböhmens statt. Die Kundgebungen waren mit einem großen Demonstrationsstreik verbunden. In vielen Städten stellten alle Fabriken und Betriebe die Arbeit ein, der Verkehr ruhte, die Geschäfte und Gasthäuser schlossen. In vielen Fällen kam es zu blutigen Zusammenstößen mit tschechischen Truppen, die in die demonstrierende Menge schossen. In Karlsbad wurden drei Deutsche getötet, 18 schwer verletzt. Das Schnellfeuer der Tschechen dauerte zehn Minuten. In Kaaden schoß tschechoslowakisches Militär mit Maschinengewehren in die Menge. **13 Tote blieben am Platze liegen,** außerdem gab es viele Verwundete, von denen bereits einige gestorben sind. In Mies haben gleichfalls tschechische Soldaten in die Menge geschossen, wodurch ein junges Mädchen getötet und mehrere Personen schwer verletzt wurden. In Aussig ereigneten sich ähnliche Vorgänge. In Reichenberg haben sich 30 000 Personen an Kundgebungen beteiligt. Durch das Einschreiten tschechischer Legionäre ist es dort gleichfalls zu Blutvergießen gekommen. In Eger kam es zu großen Krawallen und blutigen Zwischenfällen. Vor der Landwehrkaserne schoß die tschechoslowakische Militärpolizei auf die Bevölkerung. Es gab Tote und Verwundete. Auch in Brüx, Dux und Arnau kam es zu blutigen Zusammenstößen.

Besonders heftig waren die Zusammenstöße im Sudetenland. In Troppau kam es zu Ansammlungen, die durch tschechische Legionäre gewaltsam auseinander getrieben wurden. Die abends abgehaltene sozialdemokratische Versammlung wurde vom Militär aufgelöst und der Abgeordnete Jukel, der in der Versammlung sprach, wurde verhaftet. In Sternberg kam es zu schweren, blutigen Zusammenstößen zwischen tschechischem Militär und Zivilpersonen, wobei es zehn Tote, darunter auch tschechische Soldaten, gab.

Gewerkschaftsbewegung.

Tarifverlängerung im Dresdner Tapezierergewerbe.

Der Tarifvertrag für den Tapeziererberuf in Dresden und Umgegend ist am 4. März mit folgenden Aenderungen verlängert worden: Als Mindestlöhne gelten für Gehilfen, aus der Lehre entlassen, 1,15 M., im ersten Jahre 1,25 M., im zweiten Jahre 1,35 M., für ältere Gehilfen 1,65 M. Alle Gehilfen, die jetzt 1,50 M. und mehr die Stunde verdienen, erhalten 10 Proz. Teuerungszulage. Dieser Lohn wird erstmalig vom 1. März 1919 an bezahlt. Die Arbeitszeit bleibt wie bisher. Vom 1. April an soll ein gemeinsamer Arbeitsnachweis errichtet werden. Die Leitung des Tapeziererverbandes ersucht die Gehilfen, diese Beschlüsse in allen Betrieben durchzuführen.

Neue Ausstände im Ruhrrevier.

Essen, 5. März. In einzelnen Zechen sind die Belegschaften wegen Lohnforderungen erneut in den Ausstand getreten, und die Gesamtzahl der Ausständigen im Ruhrgebiete beläuft sich auf 7500 Mann.

Essen, 6. März. Hier tagte gestern die Vertreterversammlung der revolutionären Bergarbeiterschaft des Ruhr-Kohlenreviers, um zur Frage der Sozialisierung des Ruhr-Kohlenbergbaues Stellung zu nehmen. Die Versammlung lehnte ein Zusammenarbeiten mit den von der Regierung in Aussicht gestellten Arbeitskammern ab, weil mit diesen Kammern das Sozialisierungswerk auf keinen Fall durchzuführen sei. Es wurde mit dem Gedanken eines neuen allgemeinen Aufstands der Ruhr-Bergleute gespielt.

Bochum, 6. März. Die furchtbare Gefahr einer allgemeinen Hungersnot, die unmittelbar vor der Türe steht, hat die vier Bergarbeiterverbände veranlaßt, einen letzten Notschrei an die Waffenstillstandskommission und an die Reichsregierung zu richten. Hauptsächlich wird die schnelle Aufhebung der Blockade gefordert.

Für und gegen den Streik in Mannheim.

Mannheim, 5. März. Der revolutionäre Arbeiterrat fordert die Arbeiterschaft zum Generalstreik auf. Die Mehrheitssozialisten lehnen die Beteiligung ab und fordern die Arbeiter auf, die Arbeitsstätten nicht zu verlassen, um keine Gelegenheit zu neuen Putschen zu geben.

Drohender Streik in Lüttich.

Lüttich, 5. März. Einer Havas-Reuter-Meldung zufolge bedroht ein allgemeiner Streik sämtliche Betriebe in Lüttich.

Briefkasten.

W. B. 100. 1. Eliasstraße 28. 2. Kostenlos.

P. K., Tieckstr. Erkundigen Sie sich beim Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Dresden, Schützenplatz 20.

M. Th. Dr. Gradnauer ist durch die letzte Wahl Mitglied der deutschen Nationalversammlung geworden. Ein besonderer Titel ist damit nicht verbunden. Außerdem ist er Volksbeauftragter (Minister) des Innern. Bei der Neubildung des Ministeriums wird er voraussichtlich Ministerpräsident.

M. K. 4437. Die Familienunterstützung wird an die Familien der Angehörigen der Sicherheitstruppen in derselben Weise und in gleicher Höhe gewährt wie während des Krieges.

H. L., Eisenstr. Die Sparkasse ist noch immer die sicherste Anlage für Spargelder. Wie ein Staatsbankrott wirken würde, hängt ganz von den Verhältnissen ab. Soweit eine Sparkasse ihr Vermögen in Papieren angelegt hat, würde sie natürlich auch in Mitleidenschaft gezogen, sofern der Staatsbankrott den Wert der Papiere aufhebt oder mindert.

„Leidensweg". Wir würden gewissenlos handeln, wenn wir als Laien Ratschläge in ärztlichen Dingen geben wollten. Wegen der Entmündigungssache wenden Sie sich vielleicht einmal an das Arbeitersekretariat Dresden, Ritzenbergstraße 4.

M. S. 100. Verjährung ist nicht eingetreten. Sie können noch Strafanzeige erstatten. Verbunden, wie ... speziell, hebt man selbstverständlich auf. Bei Verlust muß man sich ein Duplikat ausstellen lassen.

H. Z., Dresden. Der Antrag auf Unterstützungszahlung für das uneheliche Kind ist beim Kriegsversorgungsamt des 12. Armeekorps, Dresden, Christianstraße 26, zu stellen.

E. St. Anspruch auf Erwerbslosenfürsorge besteht nur bei Erwerbsfähigkeit und Arbeitswilligkeit. Beschwerde wegen der Ablehnung kann erfolgen beim Beschwerde-Ausschuß für Erwerbslosenfürsorge, Dresden, Eliasplatz 5, Eingang Georgplatz.

R. B. 100. Wenn nicht am Orte, so wird doch wohl im Bezirk ein Mieteinigungsamt errichtet sein, an das Sie sich sofort wenden sollten (Amtshauptmannschaft). Ist der Mietzins jährlich berechnet und über Kündigung nichts vereinbart, so ist die Kündigungsfrist eine vierteljährliche.

M. D. 969. Nach dem abgeschlossenen Kaufvertrag ist der Käufer an den Vertrag gebunden. Das Nachnahmepaket wird nur gegen Zahlung des Betrages ausgehändigt. Der Käufer hat wahrscheinlich die Nachnahme nicht eingelöst, so daß das Paket noch bei der Post lagert. Fragen Sie dort nach.

A. H. Wenden Sie sich an das Lebensmittelamt Dresden, Hauptstraße 5. Wegen des Kaufvertrags sprechen Sie vielleicht einmal im Arbeitersekretariat, hier Ritzenbergstraße 4 vor.

M. K. Bezirkskommando Dresden. Militärpaß einsenden.

P. L. G. Wenden Sie sich an den Arbeiter- und Soldatenrat in Pirna.

M. G. 1. Frau 50 M., mit einem Kinde 50 M. 2. Es gibt keine Beihilfe. 3. Keine Mietbeihilfe. 4. Das Einkommen des Mannes ist steuerpflichtig. 5. Nein. 6. Nach vorliegendem Material bitte selbst ausrechnen.

B. W. Versuchen Sie es durch Antrag bei der Kriegsorganisation. Ein Rechtsanspruch besteht kaum, vor allem, wenn Sie etwa gleich wieder in Beschäftigung getreten sind.

E. M. 100. Beschwerde an die Kreishauptmannschaft Dresden, Schloßstraße.

K. R. Die Kriegsunterstützungszahlung ist abhängig von der Bedürftigkeit, die bei Eigenverdienst meist verneint wird. Nach den Bestimmungen für Erwerbslosenfürsorge sind weibliche Personen nur zu unterstützen, wenn sie auf Erwerbstätigkeit angewiesen sind. Personen, deren frühere Ernährer arbeitsfähig zurückkehren, erhalten keine Erwerbslosenunterstützung.

Druck und Verlag: Kaden u. Komp., Dresden.

Telegraph. 14880 — Linien 5 u. 7
Täglich
Tymians Thalia Theater
Görlitzer Str. 6 — Anfang 7 Uhr — Sonnt. 11, 3, 7 Uhr
Nachmittags 3 Uhr kleine Preise. Kinder die Hälfte!
Vorzugskarten wochentags u. Sonntags nachm. gültig.

Leben · Wissen · Kunst.

Die südosteuropäische Frage.

Vom Balkan flog im Sommer 1914 der Funke auf, der das europäische Pulverfaß zur Explosion brachte — auf dem Balkan endete der Krieg durch den Zusammenbruch Bulgariens. An der Folgerichtigkeit dieses historischen Ablaufs erhärtet sich die von weitblickenden Politikern lange vor dem Kriege erkannte Wahrheit, daß der Balkan nicht nur der Wetterwinkel, sondern auch die Schicksalsecke Europas ist und bleibt, solange die Großmächte den Aufstieg der Balkanvölker zu hemmen suchen. Wird die kommende Friedenskonferenz weitsichtig genug sein, um sich dieser Tatsache zu beugen? Eine eindringliche Warnung vor halben Lösungen ist in seinen letzten Schlüssen ein Buch, das jüngst von Hermann Wendel erschien (Südosteuropäische Fragen. Verlag S. Fischer, Berlin. 5 M. 255 Seiten.) Wendel hat durch den Kampf, den er während des Krieges unbeirrt um alle Anfeindungen für einen Verständigungsfrieden auf dem Balkan führte, in der Sozialdemokratie einen Ruf als Spezialist für Balkanfragen erlangt. In seinem neuen Buche legt er die Resultate einer fleißigen, durch Balkanreisen vertieften Forscherarbeit nieder. In vier Abschnitten entwickelt er die großen historischen Gesichtspunkte der südosteuropäischen Frage und gibt in gedrängter Fülle die Entwicklungsgeschichte des Südslawentums von seinen Voranfängen bis in den Weltkrieg hinein. Alle Züge dieses Entwicklungsprozesses laufen zu einem Gesicht zusammen, das alle Balkan-Irrungen und -Wirrungen seit mehr denn hundert Jahren immer deutlicher zeigen: der unaufhaltsame Einigungsdrang der Südslawen, der aus den Befreiungskämpfen gegen die Türkenherrschaft seine besten politischen und sittlichen Kräfte sog. Daran ändert auch der Bruderkrieg nichts, der nach Niederwerfung der europäischen Türkenherrschaft 1913 zwischen Bulgaren und Serben aus dem Streit um die Beute erwuchs.

Wendel weist auf die natürlichen Vorbedingungen der beiden stamm- und sprachverwandten Völker hin. „So tut trotz allem eine künftige Verbindung zwischen Bulgaren und Serben nicht als Wahngebilde ab, wer um die Begeisterung weiß, die in Belgrad bei südslawischen Tagungen Verbrüderungsszenen bulgarischer und serbischer Studenten umtoste, und wer den Jubel kennt, der 1912 in Sofia das Bündnis mit dem Nachbarvolk begrüßte." Wie heute die Annäherung der Kroaten und Serben fast bis zur Verschmelzung gediehen ist, so wird der Balkanbund nicht nur die endgültige Lösung der mazedonischen Frage, sondern für die Balkanvölker auch die einzig mögliche Befreiung vom kapitalistischen Druck und Ränkespiel der Großmächte bringen. Es war ein verhängnisvoller Rechenfehler der Mittelmächte, daß sie glaubten, den südslawischen Entwicklungsprozeß mit der Antiserbenpolitik des Wiener Ballplatzes niederhalten zu können. Das neue sozialistische Deutschland, das die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf seine Fahne geschrieben hat, darf die kommende Aussöhnung der Südslawen als eine neue Etappe auf dem Wege zum sozialistischen Europa begrüßen. Insofern bleibt für uns der Entwicklungsverlauf im „europäischen Wetterwinkel" von dauerndem Interesse, wenngleich gegenwärtig die Nöte des eigenen Landes unsre Blicke nicht gerade südostwärts lenken.

Wendels lebendige, frische Darstellung macht das Buch für jeden, der sich über die Balkanprobleme an der Hand reichhaltigen Materials unterrichten will, zu einem politisch-ästhetischen Genuß. Kapitel wie „Der albanische Knoten" gehören zum Besten, Interessantesten dessen, was man bis heute über die „Indianer Europas" lesen konnte, und berechtigen die Frankfurter Zeitung zu dem Urteil: „Außer der Uebersetzung von Seton Watsons viel umfangreicheren Buche, welches die südslawische Frage jedoch nur im ehemaligen Habsburgerreiche behandelt, dürfte in deutscher Sprache über denselben Stoff kein gleichwertiges Werk vorliegen." Rein menschlich erfreut die warme Art, mit der der Verfasser die Kulturrechte jener unterdrückten, viel verschrienen, viel verkannten „Lausevölker" verficht.

Robert Grötzsch.

Konzerte.

Aschermittwochskonzert im Opernhaus. Idyllisch zu fühlen und dies künstlerische Schauen vom Kosmischen auf die Ebene persönlichen Glücksempfindens zu lenken, war von je gelegentlich das Ziel schöpferischer Kunst. Zwei Werke dieser Gattung standen sich gestern gegenüber: Richard Wagners Siegfried-Idyll und Richard Strauß' Sinfonia Domestica. Das idyllische Element tritt im ersten rein, und daher voll befriedigend, affektlos zutage; im zweiten mischt sich der beabsichtigte Witz ein, es wendet sich vorzugsweise an den Verstand, und je nachdem der Zuhörer mehr oder weniger „Musikseele" hat, wird ihm das eine oder das andre Werk mehr sagen. Ja, der eigentlich unmusikalische Liebhaber der Musik wird gerade in der Domestica auf seine Kosten kommen. Unter Fritz Reiners Führung stand sie in greller Beleuchtung; wir waren durch frühere Aufführungen (auch unter des Komponisten Leitung) an milderes und wie mir scheint dem Werke günstigeres Licht gewöhnt. — Als Solist tat sich Waldemar Lütschg mit dem Schumannschen Klavierkonzert rühmlich hervor. Sein modulationsreicher und ergiebiger Anschlag, verbunden mit der Vornehmheit seiner Auffassung bereiteten einen reinen Genuß, an dem die Begleitung der Kapelle nicht unwesentlich beteiligt war. P. B.

Volkssinfoniekonzert. Elisa Stünzner ließ gestern den vollbesetzten Saal im Stich; dafür spielte der Konzertmeister des Orchesters Erich Düsedau das Mendelssohnsche Violinkonzert. Man kann natürlich von dem tüchtigen Musiker, der sämtliche Proben und Konzerte am ersten Pulte mitspielen muß, also fast überanstrengt ist, keine kristallklare und persönlich gefärbte solistische Leistung erwarten, die natürlich eine ausgeruhte Konzentriertheit erfordert. — Ich hörte noch die Holländer-Ouvertüre, von Herrn Krupp dirigiert, wenig einheitlich zusammengefaßt und unausgeglichen in der Klangwirkung. ob.

Dresdner Kalender.

Theater am 7. März. Opernhaus: Der Rosenkavalier (6½). — Schauspielhaus: Herzen in Not (6). — Albert-Theater: Hidalla (6). — Residenz-Theater: Inkognito (6½). — Zentral-Theater: Die Faschingsfee (7). — Volkswohl-Theater: Logenbrüder (6½).

Kleine Mitteilungen.

Die Götterprüfung, eine weltgeschichtliche Posse in fünf Akten und einer Zwischenpantomime — so heißt ein dramatisches Gedicht, das Kurt Eisner hinterlassen hat. Die Titelseite trägt den Vermerk: „Begonnen: Frühjahr 1898 im Strafgefängnis am Plötzensee bei Berlin. Vollendet: Februar/März 1918 im Untersuchungsgefängnis am Neudeck zu München." Als Ort der Handlung ist eine Insel im Weltmeer angegeben; als Zeit: Immer. Auf alles Theatralisch-Wirksame hat der Dichter verzichtet. Die Dichtung legt für den hochfliegenden Idealismus ihres Schöpfers Zeugnis ab.

Der Sächsische Künstlerhilfsbund hat vom 1. Januar bis heute rund 40 000 M. für Unterstützungen ausgegeben! Um den stark angegriffenen Unterstützungsklassen neue Mittel zuzuführen, werden in Dresden und in der Provinz zahlreiche künstlerische Veranstaltungen ins Leben gerufen. In Dresden werden der Aufführung von Fischers Deutschem Volksliederspiel, dem Schubert-Abend von Fritz Soot und der Vorlesung von M. Bleibtreu und E. Ponto demnächst Einführungsabende in den neu einstudierten Faust II. Teil durch Dr. K. Wolff, ein Klavierabend von Walter Bachmann, ein Liederabend von Friedrich Plaschke und ein Sonatenabend von Georg Wille und Theo Blumer folgen. In der Provinz hat die neu gegründete Abteilung des Bundes „Kunstpflege" mit großem Erfolge eine Reihe von Konzerten veranstaltet, so in Meerane, in Bautzen, Frankenberg, Chemnitz und andern Orten. Bei allen diesen Unternehmungen ist Kapellmeister Hermann Kutzschbach unermüdlich tätig gewesen. Die von ihm geschaffenen Kunsterziehungsabende im König-Georg-Gymnasium sollen unter der geschäftlichen Leitung des SKHB demnächst für die sämtlichen höheren Lehranstalten Dresdens wiederholt werden.

Vereinigte Dresdner Arbeiterjugend.

Die Berichte über Veranstaltungen im Januar und Februar sind umgehend einzusenden. Die letzte Zentralvorstandssitzung hat beschlossen, eine Jugendschutzkommission einzusetzen. Beschwerden wegen Uebertretung der Schutzbestimmungen, schlechter Behandlung usw. sind an den Genossen Peschel zu richten. Sprechstunden Mittwochs von 5 bis 7 Uhr. — Altstadt. Freitag: Vortrag. Sonntag: Jugendheim. — Johannstadt. Donnerstag: Vortrag. Sonntag: Frühwanderung nach dem Borsberg. Treffen: 7 Uhr Striesener Platz. — Striesen. Freitag: Liederabend. Sonntag: Nachmittagswanderung. Treffen: 1½ Uhr Pohlandplatz. — Potschappel. Jeden Donnerstag im Warteraum der Bibliothek: Zusammenkunft. — Deuben. Sonntag: Besuch einer Gruppe. — Coschütz-Gittersee. Donnerstag: Bezirksvortrag in Potschappel. Sonntag 4 Uhr: Jugendheim. — Löbtau-Cotta-Naußlitz-Plauen. Sonnabend: Vorstandssitzung. Sonntag: Nachmittagswanderung nach der Forellenschenke. Treffen: 1 Uhr Jugendheim. — Neustadt. Donnerstag: Zyklusvortrag. Sonntag, 5 bis 10 Uhr: Geselliges Beisammensein im Jugendheim. Montag: Liederabend. — Pieschen. Sonntag: Brettspielabend. — Trachenberge. Freitag: Liederabend. Sonntag: Jugendheim. Dienstag: Vorstandssitzung. — Loschwitz. Donnerstag: Liederabend. Sonntag: Nachmittagswanderung. Treffpunkt: 3 Uhr am Gasthof zur Eule. — Radebeul. Donnerstag: Zusammenkunft im Jugendheim. — Königsbrück. Sonntag, 4 Uhr: Vortrag. — Schwepnitz. Sonntag: Besuch der Gruppe Königsbrück. Treffen: Jugendheim. — Der Rüdigerabend kann nicht stattfinden. Für verkaufte Karten wird das Geld dort zurückgezahlt, wo die Karten entnommen sind.

Sportkartell.

Arbeiterturner. II. Bezirk. Material für die Osteragitation müssen die Vereinsvertreter rechtzeitig beim Bundesvorstand bestellen. — Heidegruppe. 9. März, 8 Uhr: Lehrstunde für Turnerinnen, Turnhalle Klotzsche (Erbgericht). — Neustädter Gruppe. Lehrstunde für Turnerinnen nicht am 9., sondern am 23. März. — Dresden-N. 9. März, 10 Uhr: Dresden-N. II — Cotta. Sportplatz Döbelner Straße. Nachmittags 3½ Uhr: Dresden-N. I — D. S. C. I in Laubegast; anschließend Zusammenkunft Donaths Neue Welt. — 4. Gruppe. 9. März, 2 Uhr: Vorturnerstunde, Turnhalle Cunnersdorf. — 5. Gruppe. 9. März, 2 Uhr: Lehrstunde für Turnerinnen, Turnhalle Kleinnaundorf. — Welschhufe. 8. März, 5 Uhr: Versammlung, Goldne Höhe. — Bannewitz. 8. März, 7½ Uhr: Monatsversammlung, Gasthof Bannewitz. — Löbtau. 11. März: Versammlung bei Kämpfe. — Spielausschuß. 9. März, früh 9½ Uhr: Sitzung im Volkshaus. — Niederpesterwitz. 9. März, 8 Uhr: Versammlung im Bergkeller. — Innere Altstadt. Turnstunden Dienstag und Freitag von 7 bis 9 Uhr, Vitzthumsches Gymnasium; für Turnerinnen Freitags.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190306/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Pflicht der Arbeitgeber zur Anmeldung eines Bedarfs an Arbeitskräften.

Die nachstehende Verordnung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilmachung vom 17. Februar 1919 — abgedruckt in Nr. 42 des Reichsgesetzblattes, Seite 201 — wird hiermit zur Kenntnis der Arbeitgeber gebracht.

Im Bezirke befinden sich Arbeitsnachweisstellen in Radeberg, Weixdorf-Radeberg und Hellerau.

Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt, am 25. Februar 1919.

Verordnung

über die Pflicht der Arbeitgeber zur Anmeldung eines Bedarfs an Arbeitskräften vom 17. Februar 1919.

§ 1.

Jeder Arbeitgeber, welcher fünf oder mehr Arbeitskräfte beschäftigt, ist verpflichtet, deren Zahl, Beschäftigungsarten und Arbeitsplätze binnen 24 Stunden nach Eintritt des Bedarfs bei einem nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweise, welcher sich mit der Vermittlung von Arbeitskräften der benötigten Beschäftigungsart befaßt, anzumelden.

§ 2.

Ein Arbeitgeber, der einen Bedarf an Arbeitskräften der gleichen Art bei verschiedenen, nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweisen anmeldet, ist verpflichtet, bei der zweiten und jeder folgenden Anmeldung anzugeben, bei welchem Arbeitsnachweis er denselben Bedarf bereits angemeldet hat.

§ 3.

Die Verpflichtung nach § 1 und 2 trifft an Stelle des Arbeitgebers diejenigen Personen, welche von ihm allgemein oder für den Einzelfall mit der Annahme von Arbeitskräften für seine Zwecke beauftragt sind.

§ 4.

Die nach den §§ 1 und 3 meldepflichtigen Personen haben jede Besetzung der als offen angemeldeten Arbeitsplätze den Arbeitsnachweisen, bei denen die Anmeldung erfolgt ist, binnen 24 Stunden mitzuteilen.

§ 5.

Meldepflichtige Personen, welche einer der vorstehenden Bestimmungen zuwiderhandeln, werden mit Geldstrafe bis zu tausend Mark bestraft.

§ 6.

Bereits ergangene weitergehende Verordnungen der Demobilmachungsbehörden über Meldevorschriften im Sinne dieser Verordnung bleiben in Kraft.

§ 7.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 17. Februar 1919. [118

Reichsamt für wirtschaftliche Demobilmachung. Koeth.

Verteilung von Marmelade.

§ 1. Auf Ausweis „258“ der Lebensmittelkarte (16. Februar bis 15. März 1919) wird

1 Pfund Marmelade

verteilt.

§ 2. Krankenhäuser und Kliniken erhalten beim Meldbezirk für Kranke aus dem Zivilstande Bezugsscheine über je 1 Pfund Marmelade für jedes belegte Bett.

§ 3. Die Ausweise und Bezugsscheine sind in einem Kleinhandelsgeschäft am 6. oder 7. März 1919 anzumelden und vom Geschäftsinhaber in der bisherigen Weise aufzurechnen und verpackt der zuständigen Meldestelle am 8. oder 10. März 1919 abzugeben. Nachmeldungen sind ausgeschlossen.

§ 4. Als Meldestellen sind eingerichtet:

a) für die Großbetriebe des Kleinhandels, die Mitglieder der Einkaufsgesellschaft Dresdner Kolonialwarenhändler m.b.H. in Dresden und die Mitglieder des Einkaufsvereins Dresdner Kolonialwaren- u. Produktenhändler in Dresden die wiederholt bekanntgegebenen Stellen,

b) im übrigen die Firmen: [184

Bach & Flößner, Wallgäßchen 4	A. Schönborn, Kl. Plauensche Gasse 15
Baumann & Co., Königsbrücker Straße 6	Artur Elßner, Ludwigstr. 5
Rosack & Baldamus, Kleine Packhofstraße 3	Adolf Schreiber, Zirkusstr. 10
Merbitz & Mechler, Devrientstraße 11	Louis Naumann, Hohe Str. 107
H. Aug. Hertel, Ostra-Allee 23	Bruno A. Hoffmann, Wintergartenstraße 73
Georg Wahle Nachf., Steinstr. 9	Gustav Kickmann, Schäferstraße 3
Albert Kentner, Kömerigstraße 21	Verkaufsverb. Norddeutscher Molkereien, Quer-Allee 17.

§ 5. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem 13. März 1919 erfolgen.

§ 6. Der Preis bei der Abgabe an die Verbraucher beträgt 1,— M. für das Pfund.

§ 7. Zuwiderhandlungen werden auf Grund der Bundesratsverordnung vom 23. September 1915 bestraft. Die Bestimmungen in § 4 der Bekanntmachung vom 16. November 1918 bleiben in Kraft.

Dresden, am 5. März 1919. Der Rat zu Dresden.

Margarine- und Butterverteilung.

Wegen Verkehrsstockung muß die für den 7. und 8. März 1919 vorgesehene Verteilung von 50 Gramm Margarine auf die Landesfettkarte der Stadt Dresden „Februar 2“ bis zum Eingang der Margarinesendung verschoben werden. Dafür wird die angemeldete Landesfettkarte der Stadt Dresden „März A“ mit 62½ Gramm Butter schon Montag den 10. und Dienstag den 11. März 1919 beliefert. Die Belieferung des angemeldeten Butterbezugsscheines findet am gleichen Tage mit 50 v. H. mit Margarine statt.

Der Kleinhandelspreis der Butter beträgt für ein Pfund 6,00 M., für ⅛ Pfund 75 Pf. [154

Dresden, am 4. März 1919. Der Rat zu Dresden.

Verkehr mit Kaffee-Ersatz.

Zum Großhandel mit Kaffee-Ersatz ist weiter zugelassen worden: **Theodor Roggatz, Radebeul.**

Dresden-N., am 5. März 1919.

[18] Die Amtshauptmannschaft.

Zucker zur Bienenfütterung!

Die Verteilung des von der Reichszuckerstelle zur Bienenfütterung für dieses Jahr bereitgestellten Zuckers soll auch wieder durch die Bienenzüchtervereine erfolgen, und zwar auch für diejenigen Imker, die keinem Vereine angehören. Für jedes Volk sollen 1,5 Kilogramm im Frühjahr und 6 Kilogramm in der ersten Augusthälfte des Jahres zur Verteilung gebracht werden. Die Herbstlieferung wird von der Ablieferung einer noch näher zu bestimmenden Menge Honig, möglicherweise auch von Bienenwachs, abhängig gemacht.

Alle Imker, auch die keinem Vereine angehören, werden daher aufgefordert, sich die Zuckerbestellscheine

bis zum 10. März 1919

bei den zuständigen Bienenzüchtervereinen abzuholen und sich auf diesen die Zahl der vorhandenen Bienenvölker, für die Zucker bestellt wird, durch die Gemeindebehörde bescheinigen zu lassen. Die Bestellscheine sind dann umgehend an den Bienenzüchterverein zurückzusenden.

Dresden-Neustadt, am 5. März 1919.

[18] Die Amtshauptmannschaft.

Zuckerbedarf für Bienenfütterung.

Die Versorgung der Imker mit Zucker zur Bienenfütterung erfolgt auch in diesem Jahre wieder ausnahmslos durch Vermittlung der örtlich zuständigen Imkervereine. Zuständig für die in der Stadt Dresden wohnhaften Imker ist der Bienenzüchterverein für Dresden und Umgebung (1. Vorsitzender: Lehrer Willi Höhnel, Dresden-N., Forststraße 28, 2.). Bei diesem haben die Imker, die für ihre Völker Zucker beziehen wollen, die Zuckerbestellscheine bis Montag den 10. März d. J. abzuholen. Dies gilt auch für die Imker, die nicht Mitglieder des Vereins sind.

Die ausgefüllten Bestellscheine sind der zuständigen Wohlfahrtspolizei-Inspektion zur Bescheinigung vorzulegen und bis Sonnabend den 15. März d. J. an den Bienenzüchterverein zurückzugeben. Bestellscheine ohne wohlfahrtspolizeiliche Bescheinigung werden nicht berücksichtigt. [184

Dresden, den 5. März 1919. Der Rat zu Dresden.

Grasnutzungs-Verpachtung.

Das Gras der der Gemeinde gehörigen Grundstücksparzellen soll auf 3 Jahre meistbietend wieder verpachtet werden. Termin hierzu wird auf Sonnabend den 15. März 1919, nachmittags 4 Uhr, angesetzt. Verpachtungsort ist die Ratskellerwirtschaft hier. Die Bedingungen werden vor Beginn der Verpachtung bekanntgegeben. [118

Naundorf, den 5. März 1919. Der Gemeindevorstand.

Frauenarzt Dr. Hans Bode

ist aus dem Felde zurückgekehrt und hat seine Praxis vorläufig in Blasewitz, Heidestraße 1 (verlängerte Pohlandstrasse), wiederaufgenommen.

Fernruf: 3 287. [1359] Sprechstunde jetzt 3—5 Uhr.

Bessigerstrasse 24 Kurbäder aller Art. **Kurbad „Hygiea“** „Künstliche Höhensonne“ Fernspr. 15 963. Massagen. [b 4487

Korsetten
Reform-Backfisch- und Kinderleibchen
Hüftenformer
Büstenhalter
fertigen wir aus zugegebenen Stoffen wie sie in jedem Haushalt vorhanden sind, preiswert an.

Renner
Dresden-Altmarkt.

Spiegelsäle Briesnitz

Schwelb. Damenkür / Neuerste Tanzweisen

Morgen Freitag den 7. März Treff aller Jugend zum **Beliebten Damenball.**

Unübertroffener Betrieb der Umgebung [m 120

Anfang 6 Uhr. — Volles Berger-Orchester — Tanz frei. Ueberraschungen usw. — Das gend’at! —

Großes Tanzvergnügen vom Kegelklub Fidele Renne

Sonnabend den 8. März in **Strohbachs Gasthof, Stetzsch.**

[b 4510] Volles Orchester. Anfang 6 Uhr. D. V.

Freitag bis Montag:

Henny Porten

in d. gr. Schauspiel in 4 Akt.

Die Dame, der Teufel und die Probiermamsell

Ab 5 Uhr, Sonntags ab 2 Uhr für Kinder.

Achtung! Ein Drama in den schwarzen Bergen. Kriegsdrama in zwei Akten. — Ab 14. März Erstaufführung mit Rezitation: Der Alte, der zur Verdammnis führt. 2. Teil: Die Sühne der Renne Wolter. [b4503

Kino Gittersee. Freitag ab 6.30 Sonnabend ab 3.30

Banditen der Prärie Spannendes, an aufregenden Szenen reiches Wildwest-Drama. [m 308

Der neugeborene Vater. Tolles Lustspiel. Und das treffliche Beiprogramm.

Wir bitten, möglichst schon die Freitagsvorführungen zu besuchen, da Sonnabends nur bei zeitigem Kommen Platz sicher.

Dresdner Obstmarkt

verlegt von Prager Straße 26 nach Prager Straße 18

Wilsdruffer Str. 7, Johannesstr. 12, Ringstr. 26

wieder billige Tage.

Gelbe Möhren,	Ztr. 15.— M.	10 Pfd.	1.60 M.	
rote Möhren,	17.50		1.85	
Kohlrüben,	10.—		1.10	
rote Rüben,	14.50		1.50	[f 179

Neuheiten in **Uebergangs-Hüten**

von Seide, Borte, modernsten Strohgeflechten usw., wasserdichte Regenhüte und Kappen in großer Auswahl bekannt preiswert

Radeberger Hutfabrik

Dresden-A., Moritzstraße 5. [f 180

Facettenschleifer

zuverlässig, für dauernde Stellung gesucht. Offerten mit Lohnansprüchen an **Braunschweiger Glasmanufaktur** Jurisch & Müller, Braunschweig. [1399]

Provisionsreisende zum Vertrieb eines in jedem Haushalt benötigten Artikels sofort ges. Am See 5, part. [b 4505

Grammoph. m. Platt. b. z. vf. O. Werner, Reißewitzer Str. 34. [b 4500

Pa. Waschpaste genehmigt vom K.-A. an Wiederverkäufer u. Hausierer hat abzugeben [b 4490 **H. Siebert, Oppellstrasse 7, 3.**

Perfekter Schieferdecker gesucht bei **Hoppe**, Dachdeckermeister, Leipziger Str. 216. [b 4499

Formerlehrlinge sucht [b 4489 Eisengießerei Epperlein & Co., Dresden-Radix.

Hausierer! auch f. Straßenhändl. pass. Art. in jed. Haushalt zu gebr. [b 4498 Artur Schilde, Georgstr. 44, 1. Geschäftszeit von 9—4 Uhr.

Mechaniker, Elektriker, Schlosser, Dreher, Monteure usw. die im Beruf vorwärts streben, verlangen kostenlos die Broschüre Der neue Weg von Ing. F. Onken, Bremen, Verdener Str. 83. [1350

Frauen mögl. m. größ. Kindern, find. guten Nebenverdienst durch Austrag. usw. Zeitschriften in d. Striesener Gegend bevorzugt. Dresdner Hausfrau, Marienstr. 18. [b 4477

Ein größ. Schulmädchen als Aufwartung gesucht Tharandter Straße 1, L. [m 3?

Vorz. Cellist (Solo) sucht außer. Stellung in Dresden. Erstkl. Ring bevor. Zu Probesp. bereit. Ang. m. Gagenangeb. usw. erbittet Max Trinka, z. Z. Freiberg Sa., Burgstraße 24, L. [115

Für Herren mit höherer Schulbildung

Sonderkurse in Buchführung, Korrespond., Effekten-, Wechsel- u. Scheckkunde, kaufm. Rechnen, Allg. kaufm. Wissen. Dauer 3—4 Wochen. Beteiligung a. einzelnen Fächern ist zulässig. Stenogr. u. Maschinenschr. kann angeschlossen werden. Verl. Sie den Prosp.

Rackows Handels- und Sprachschule Altmarkt 15, Albertplatz 1. Fernsprecher 17137. [115

Magnetiseur Stoltze Johannesstr. 14. Spezialist für Nerv. u. Gemütsl., Kopf, Herz, Niere, Mag., Darml., Rheuma. Glänz. Erfolg. 10—7 Uhr. [112

Einkaufszentrale Grunaer Straße 22, I. Telephon 18 729 [f 22

kauft alte und neue Roßhaare, Bindfaden, Kupfer, Messing, Zinn, Hasen- u. Kaninfelle usw. u. zahlt die erdenkl. höchst. Preise

Altpapier, Zeitungen, Bücher, Lumpen, Knochen, Eisen, Metall u. Weinfl. kauft u. holt. Post- Moritz Weimert, Naundorfstr. 72 Karte genügt. [b 4451

Hasenfelle bis 2 Mark pro Stück **Kaninfelle, Kilo 8 M.** kauft [f 227 **Einkaufszentrale** Grunaer Str. 22, I.

Haare! Ausgekämmtes Frauenhaar, Abfallhaare, alte Zöpfe **kg 20.— M.**

geschnitt. Pferdeschweif, kg 18 M., Mähne u. Pferdemerk, kg 9 M., Pferdeschurhaar, kg 50 Pf., gemisch. Kuhschweif, kg 14 M., Hub-, Kälber- u. Ziegenhaare, Schweinsborsten kauft [b 7?? Haar-Messe, Schloßstr. 19 Fernspr. 21467.

Panjepferd oder Russe sofort zu kaufen gesucht. [b 4472 Offert. erbitte an **Otto Baumann**, Holbeinstraße 8, Hhs. 3.

Günst. Einkauf für Wiederverkäufer, Straßenhdlr. Hausierer — hoher Rabatt, guter Verdienst — leicht verkäufl., sehr begehrte, preisw. Artikel. **Felix Opfer,** Versandhaus engros. Pirnaische Str. 11. [b 4470

Kartoffelschalen, gewaschen ob. roh, zu kaufen gesucht **Bennricher Str. 37, 3.,** Grimmer. [b 4494

Zigaretten kauft jedes Quantum **B. Hörnlein, Dresd.-N. 23,** Cottbuser Straße 1, 2. — Angebote nachm. 5—7 Uhr od. schriftl. [b 4498

Nähmaschinen kauft jeden Posten [b 4488 auch defekte, sowie **Schuhmachernähmaschinen** zu guten Preisen. **Gustav Löther,** Nähmaschinen-Reparateur, Wettinerstr. 52 (nächst Volkshtg.).

1000 Flaschen zu Nähmaschinen-Oel kauft [f 26 Scheumann, Altenberger Str. 29.

Alt-Papier, Schulbücher, Kataloge, Zeitschriften kauft jederzeit **Ziegner,** Rosenstraße 9, Hh. [m 58

Warnung!

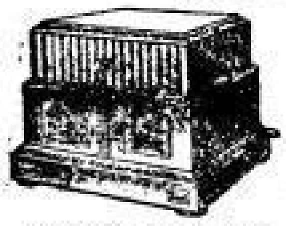
Als Klopfer-Brot wird vielfach ein durch Nachahmung hergestelltes, äußerlich ähnlich aussehendes Brot gekauft. Vor Fälschung und Täuschung wird daher gewarnt. Klopfer-Brot ist nur echt, wenn es die nebenstehend abgedruckte, in den Teig eingebackene Marke aufweist.

Klopfer-Brot Volkornbrot

Dr. Volkmar Klopfer
Leubnitz-Neuostra

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190306/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Grammophone

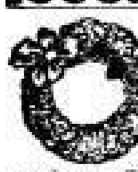


mit und ohne Trichter
in großer Auswahl
■ Neueste Schlager in Schallplatten ■
Otto Friebel
Ziegelstraße 13
Eckhaus Steinstr. [S18]

Sommer-Hüte
zum Umnähen auf neueste Formen nimmt schon jetzt entgegen
H. Hensel
Zinzendorfstr. 51

Nähseide
schwarz und marine
3 Rollen 1.— M.
6 Rollen 1.90 M.
1 Dtzd. 3.70 M.
Scheuertücher
prima Ware, St. 1.95 M. [b4255
Richter
Rosenstraße, Ecke Ammonstr.

Karbid-Lampen u. Laternen
von 4.75 an
Otto Graichen
Trompeterstraße 15
Zentraltheater-Passage.
Geöffnet bis 8 Uhr.



Diese Boa kostet nur 10 M. in schwarz, rosa, weiß, grau, blau. Echte Reiher 40 cm lang 3 M. ... 1 M. Echte Straußfedern, Flügel, Hutblumen, Blumen, Tuffs, Laub, Beeren, Früchte, Gras, Blumen, Papier usw. Hesse, Scheffelstr. 10/12, p. u. 1.—4.

Möbel
in wirklich gediegener Ausführung gegen bar wie auf
Teilzahlung
Küchen
Schlafzimmer
Wohnzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Specialität
Brautausstattungen
strengste Diskretion
Einzelne Möbel
Eig. Polsterei im Hause
finden Sie bei der altbekannten Firma
H. Fuchs
Neumarkt 6/7, pt. 1 u. 2. Etg.

Wieder eingetroffen!
Ia Speisemöhren . . Ztr. 18.—
„ rote Möhren . . . Ztr. 16.—
gelbe Kohlrüben . . Ztr. 8.—
do. für Futterzwecke Ztr. 6.—
[b4415] Moonstr. 4, Niederlage.

Mehrere zurückgesetzte
Nähmaschinen
preiswert abzugeben
Struvestrasse Nr. 9
(Laden),
König-Johann-Str. 19
(Laden). [Ï137

Billige Seidenstoffe

Weiße Waschseide in vorzüglichem Japon, etwa 90 Zentimeter breit . . . Meter **26.50**

Blusen-Seide in prachtvollen, modernen Karos, reizende Farbenstellungen in wunderschöner Auswahl . . . . . Meter **12.75**

Halbseidener Kleiderstoff, Popelin, 100 Zentimeter breit, nur in schwarz, sehr solide Ware, besonders für Konfirmanden-Kleider geeignet . . Meter **28.50**

Taffet-Chiffon, wundervolle prima Seide, weiche, herrliche Qualität, etwa 95 und 100 Zentimeter breit . . . . . Meter **39.50**

Billige Blusen

Blusen in dunkel- und mittelfarbigen Schleierstoffen oder Batist, mit hübschem, großem Kragen und Hohlsäumen verziert **25.50**

Blusen in weißem Tupfenmull, kleidsame, flotte Sportform, mit Perlmuttknöpfen, offen und geschlossen zu tragen, sehr solide Ausführung **27.50**

Blusen in reizend geblümten Schleierstoffen, mit feschem, großem Matrosenkragen und Häkelknüpfen **29.50**

Blusen in griffigem, schwerem Batist, weiß, bestickt, mit großem, kleidsamem Matrosenkragen, reizende, neue, ungewöhnlich vorteilhafte Bluse **33.00**

Billige Taschentücher

Batist-Tücher für Damen, mit gestickter Ecke oder mit Hohlsaum und Buchstaben . . . . . Stück **1.25** und **85**.

Benutzen Sie diese günstige Kaufgelegenheit!

Messow & Waldschmidt

[Ï179

Liebethal, Hinterjessen.

Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung nimmt jederzeit entgegen
Max Lehmann, Liebethal Nr. 36.

Meine Aenderungsstube
liefert schnell, sauber und billig

Neues aus Altem.

Auch noch so unscheinbare ältere Stücke, als Damenröcke, Pelerinen, Mäntel, Anzüge, sind wertvoll zumUmarbeiten in Knabenjoppen, Mäntel, Anzüge und Hosen.
Der gewendete Herren-Anzug oder Mantel wird so schön wie neu; auch läßt sich manches große Stück für jüngere Leute oder Knaben umarbeiten.

Kostenlose Beratung.

Preisliste für Aenderungsarbeiten:

	II	I	Ia
Wenden eines Anzuges . . . . M.	58.—	88.—	119.—
„ „ Winter-Palet. . „	43.—	56.—	92.—
„ „ Burschen-Anz.. „	51.—	75.—	104.—
„ „ Knaben-Anz. . „	25.50	41.—	

Alle Art
Militär-Bekleidung
wird umgefärbt, geändert und in
Zivil-Bekleidung
tadellos umgearbeitet.
Verlangen Sie Preisanstellung.

Heinrich Esders

Dresden [S 222
Ecke Prager Straße und Waisenhausstraße.

Freitag! Sonnabend! Montag!
Billig! **Rote Möhren** Billig!
10 Pfund 1.80 M., Ztr. 15.50 M., gelbe Speise-Möhren Ztr. 13.50 M.
Trockene Ware. [b4486] Kartoffelkeller, Ostra-Allee 31.

Büro-Möbel
in Eiche und Kiefer:
Flachschreibtische
Bücherschränke
Ordnerschränke
Vertikal-Registraturen
Stühle
Geldschränke
in großer Auswahl
M. & R. Zocher
DRESDEN u. ZITTAU
Ausstellungsräume
Wallstr. 1, I. (Ecke Postplatz)

Gummiwaren
Mutterspritzen, Spülkannen, Sauger, Unterlagen usw. Alle Frauenartikel. [b4077
Sanitätshaus Pietzsch
Flemmingstr. 2, Ecke Annenstr.

Wringmaschinen
Reparaturen
schnell und sachgemäß im Spezialgeschäft [S3754
Am See, Ecke Margaretenstr.

Leichte Haarhüte
Sport- u. Reise-Mützen
Kamerhuis
31 Herren-Artikel Prager Straße 31

Gummi
Schläuche, Spritzen, Spülkannen, Sauger, Leib- u. Monatsbinden, Gürtel usw. Alle Frauen- und Säuglingsartikel empf. [b4491
8 Freiberger Platz 8
(Damenbedienung d. m. Frau.)

Strumpfstrickerei Paul Krause
Hauptgeschäft: Seestraße 54
Zweiggeschäfte: Große Plauensche Str. 33, Bautzner Straße 23
bessert Hemden, Hosen und sämtliche Trikotagen seit 18 Jahren nach bewährtester Methode aus.
Strümpfe werden 6 Paar zu 4 Paar vorgerichtet.
Lieferzeit 3 Tage.
Mitgebrachte Garne werden nach Möglichkeit zu jedem Artikel verarbeitet. [Ï222

Spülkannen

Spülapparate, Leibbinden, Vorfallbinden, Unterlagen, Schläuche, Reparaturen, Ersatzteile sowie sämtliche sanitären Artikel. [Ï2
Frau Heusinger, Am See 37.

Kahnladung, ca. 800 rm
prima kiefernes Brennholz
1 m lang, 6/20 cm stark, ist im König-Albert-Hafen eingetroffen. Preis bei Selbstabholung ab Kahn rm 38.— M. zuzüglich —.80 M. für Ausladen. Auf Wunsch Zufuhr gegen entsprechenden Aufschlag. [Ï17
Spaltwerk Drechsel
Kontor: Große Klostergasse 8, 1. Fernruf 19015.
Spaltwerk: Gröbelstraße 32. Fernruf 20065.

FRAUENHAARE

kauft [s14a] Kilo 20 M.
H. Gellrich, Landhausstraße, Ecke Pirnaischer Platz.

Umarbeitungen von
Sommer-Hüten
nach neuesten Modellen werden schon jetzt angenommen. Geschmackvolle, preiswerte Ausführung.

Radeberger Hutfabrik
Dresden-A., Moritzstrasse 3. [Ï13

50 M. Belohnung
bei Wiedererlangung d. am 1. März gestohlenen weißen Zwerghühner. Näheres ... Vor Ankauf ... gewarnt. Pfotenhauerstr. 27, 3, l.

50 M. Belohnung!
für gestohlenes Fahrrad, ... Rahm., schw. Felg., Halbstd., ... leichtgebog. Lenkst., Dreieckst., neue Gummibereif. ... Polizei-Direktion. [b4491

Deutsche Schäferhündin
schwarzbraun, mit Halsband u. neu. Maulkorb am 3. 3. 19 entlaufen. Abzug. ... für Kriegsblinden ... Dr. Bruno, ... Straße.

Ein Herr sucht in **Cotta** ein **möbl. Zimmer** mögl. mit Mittagtisch. Offert. unt. **K. F. 49,** ... Hamburger Straße 66. [...

Waschlederweste
Gutter, schabb., gebraucht, ... 3 Stehlampen (Metall), ... Tupferstiche billig zu verkaufen. Schnorrstraße 3, 2. [...

Hohlsaum, Knopflöcher, Maschinenstickerei
werden billig ausgeführt ... Meißner Straße 2. [...

Achtung! Verkaufe Kleiderschränke, Bettstellen, g. Küchen, ... Sofas, Anhd.-Vertiko, ... Stühle, Pelzgarnituren, ... Betten usw., alles preisw. ... Dresden, Schäfergasse 11, 1., Lange.

Kleiderschränke
Bettstelle m. Matratze, ... Kücheneinrichtung, ... Wäschemangel, Messerputzmaschine, ... Tisch mit Marmorplatte, ... Schreibtisch (Eiche), ... Tische preisw. zu verk. ... mann, Große Brüdergasse 11, 1. Eing. Quergasse. Sonnabend geschl.

Kasten- u. Leiterw. 1—8 Ztr. Tragkr., gute Schmiede- u. Stellmacherarbeit.

Naturholzlackierte Kinderwagen, ... billig zu verk. E. Dittrich, Dresden-A., Ostra-Allee 3, ...
Größtes Spezialhaus dieser Art

2 Burschen-Anzüge
(neu) preisw. zu verk. Liebe, Zirkusstraße 16, 1. r. [b4487

6 Federbetten
und Kissen, auch im einz., preiswert z. verk. Langermann, Große Brüdergasse 11, 1. Eing. Quergasse. Sonnabend geschloss. [Ï3..

Gummiwaren
W. Heusinger
Am See 37

= Kücheneinrichtung =
Schränke, Vertiko, Sofa, Chaiselongue, Bettstellen m. Matratzen usf. d. Schöne, Gerichtsstr. 18, ...

2 Herren-Anzüge
(neu) preisw. zu verk. Liebe, Zirkusstraße 16, 1. r. [b4488

Voges Juweliergeschäft
gegr. 1869 [...
jetzt Prager Str. 21, II.

Porzellan-Mörser
Fensterschwämme
Donath [Ï183
Dippoldiswalder Platz 2

Gelegenheitskauf!
Möbel-Ausstellung
Münchner Straße 3. [...

2 Ulster
(neu) preisw. zu verk. Liebe, Zirkusstraße 16, 1. r. [b4489

Lederabfälle, Stanzen- u. Riemenstückchen
hat einen Posten abzugeben Karl Hartmann [...
Dresden-A., Ostra-Allee 5, ...

Fruchtweine
A. Grenk, Dornblüthstr. 5, ...

2 Konfirmanden-Anzüge
(neu) preisw. zu verk. Liebe, Zirkusstraße 16, 1. r. [b4490

Thermosflaschen
Feldflaschen
Donath [Ï18
Dippoldiswalder Platz 2

Sofa, Plüschgarnitur, ... Matratze zu verk. ... Straße 28, 3 (Braun). [b4494

Hellbr. Korbkinderwagen, gut erhalt., u. Kinderkorb ... zu verk. ... 1, 3 ... [b4...

Gr. Rucksack (neu) ... zu verk. ... [b4...

Strickmaschine zu verkaufen ... Schnorrstraße 18, [b4...

Gelegenheitskauf
Chaiselongues (neu) mit ... ... zu verk. Kresse, Ostra-Allee ...
Ein gebr. ... Kinderwagen ... Ostra-Allee 4, ...

2 Bureauschreibtische
(neu) bill. zu verk. ... Kleine Brüdergasse ...

1 Kücheneinrichtung
(neu) bill. zu verk. ... Kleine Brüdergasse ...
Herr. Gehrockanzug zu verk. ...

= Kontrollkasse =
gut erh., zu verk. ... Rosenstraße 13. [...
Guterh. Herrenanzug ... zu verk. ... Fischer, ...